

Zweite Wahl mit Potential?

Die Struktur des politischen
Wähler_innenwettbewerbs von
Union und SPD im Vergleich

Josephine Lichteblau und Aiko Wagner



Zweite Wahl mit Potential?

Die Struktur des politischen
Wähler_innenwettbewerbs von
Union und SPD im Vergleich

Josephine Lichteblau und Aiko Wagner

Impressum

ISBN 978-3-96250-453-3

Herausgegeben vom
Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Jan Niklas Engels
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Autor_innen
Josephine Lichteblau und
Aiko Wagner

Lektorat
Eckard Schuster

Gestaltung
Pellens Kommunikationsdesign GmbH,
Bonn
Umsetzung, Titelillustration
Meintrup, Grafik Design

Druck
Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© 2019 by Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Politischer Dialog

Eine gewerbliche Nutzung der von der
FES herausgegebenen Medien ist ohne
schriftliche Zustimmung durch die FES
nicht gestattet.

Inhalt

1. Einführende Bemerkungen	4
2. Wahlneigungen und Wähler_innenpotenziale für die Parteien 2017	5
3. Strukturiertheit des zwischenparteilichen Wähler_innenwettbewerbs	10
3.1 Die Verfügbarkeit der Wähler_innen anderer Parteien für die CDU/CSU und die SPD	10
3.2 Die Struktur des zwischenparteilichen Wettbewerbs: Hintergründe der Wähler_innenverfügbarkeit	12
3.3 Aussichten auf Mobilisierungserfolge: Die Parteipotenziale unter den Nichtwähler_innen	18
4. Zusammenfassung und Fazit	22
Literatur	24
Anhang	25
Datengrundlage	25
Methodisches Vorgehen und verwendete Variablen für Kapitel 2 bis Kapitel 3.2	25
Berechnung von individuellen Verfügbarkeiten	25
Berechnung von relativer Nähe zwischen den Parteien	25
Methodisches Vorgehen und verwendete Variablen für Kapitel 3.3	29
Autor_innen	31

1. Einführende Bemerkungen

Dass die Volksparteien im Niedergang begriffen sind, ist mittlerweile unter politischen Beobachter_innen ein Allgemeinplatz geworden. In vielen europäischen Staaten schwächeln die ehemals großen und den politischen Wettbewerb dominierenden Parteien. Stattdessen sind seit einigen Jahrzehnten Ausdifferenzierung, Pluralisierung und Fragmentierung der Parteiensysteme zu beobachten. Die Bundesrepublik Deutschland stellt bezüglich dieser Entwicklungen keine Ausnahme dar. Konnten CDU/CSU und SPD in den 1970er-Jahren zusammen noch über 90 Prozent der (gültigen Zweit-)Stimmen gewinnen, waren es bei der Bundestagswahl 2017 nur noch etwa 53 Prozent. Insbesondere die SPD leidet seit nunmehr rund zehn Jahren unter einer historischen elektoralen Schwäche. Seit dem Wahlsieg von 1998 hat sich ihr Stimmenanteil fast halbiert.

Diese Entwicklung provoziert Fragen nach dem Charakter der Schwäche der Volksparteien und zuvorderst der Sozialdemokraten in Deutschland. Die vorliegende Untersuchung widmet sich dieser Frage aus der Perspektive des elektoralen Wettbewerbs. Genauer gesagt liegt der Fokus der folgenden Analysen auf den (gemeinsamen) Wähler_innenpotenzialen der Parteien: Liegt die Schwäche der SPD etwa darin begründet, dass ihr Wähler_innenpotenzial mittlerweile schlicht so klein ist (wie zuweilen mit Blick auf den Rückgang des Anteils von Arbeiter_innen und Gewerkschaftsmitgliedern argumentiert wird)? Oder stehen relativ vielen potenziellen Wähler_innen nur relativ wenige aktuelle Wähler_innen gegenüber, ist also die Ausschöpfung ihres Wähler_innenpotenzials gering? Anders formuliert: Ist die SPD schlichtweg für niemanden mehr attraktiv, oder sind andere Konkurrentinnen (gegenwärtig) einfach attraktiver? Die im folgenden Kapitel präsentierten Befunde sprechen klar für die zweite Lesart des Charakters und der Hintergründe der Schwäche der deutschen Sozialdemokratie und legen somit eine vertiefte Beschäftigung mit den politischen Wettbewerbsmustern nahe. Daher fragen wir im dritten Kapitel nach der Strukturierung des politischen Wettbewerbs: Hinsichtlich welcher Dimensionen konkurrieren die Parteien miteinander? Dominiert die Migrationsdebatte den Wettbewerb, wie es

zuweilen den Anschein hat, wenn über strategische Optionen der SPD, beispielsweise mit Blick auf den Wahlsieg der dänischen Sozialdemokraten, diskutiert wird? Wenn dem so ist, konkurriert die SPD mit allen Parteien bezüglich dieser soziokulturellen Dimension, oder geht es z. B. im Wettstreit um Stimmen mit der Partei „Die Linke“ nicht eher um Fragen der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit?

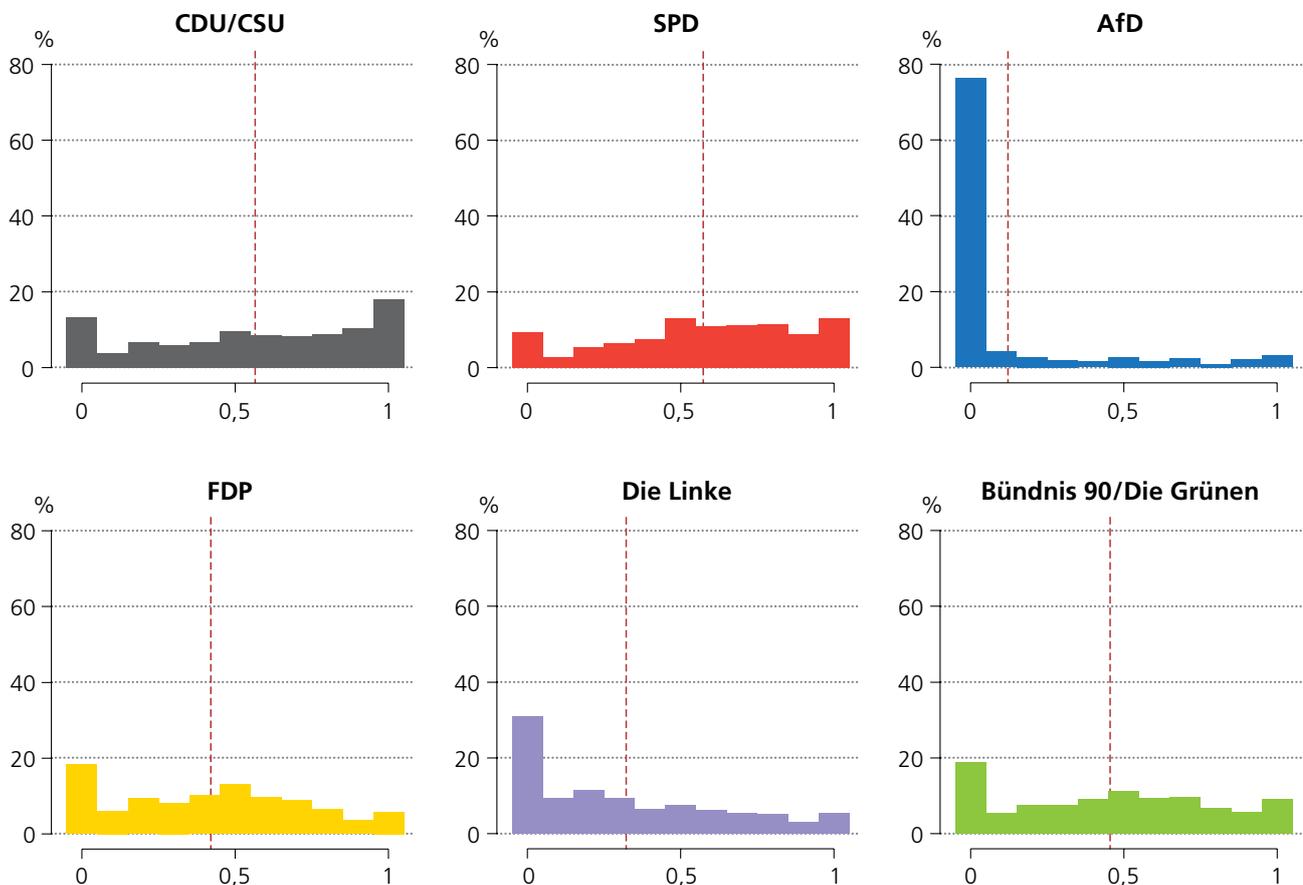
Kurzum, es wird untersucht, mit welchen Konkurrenten die SPD wie stark im Wettbewerb steht, und in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen Wettbewerbsmuster zwischen den Parteien. Durch diese Perspektive lassen sich Antworten darauf finden, welche Parteien füreinander die relevantesten Konkurrenten um Stimmen sind und hinsichtlich welcher Fragen diese Parteien miteinander konkurrieren. Da es im Parteienwettbewerb nicht ausschließlich um den (Rück-)Gewinn von Wechselwähler_innen, sondern auch um die Mobilisierung von Nichtwähler_innen geht, widmen wir uns im Anschluss den Potenzialen der Parteien unter den Nichtwähler_innen sowie der Struktur des Nichtwähler_innenwettbewerbs. Die wichtigsten empirischen Ergebnisse dieser Studie werden im letzten Kapitel zusammengefasst.

2. Wahlneigungen und Wähler_innenpotenziale für die Parteien 2017

Eine Analyse des elektoralen Wettbewerbs sollte ihren Ausgangspunkt bei den normativ wichtigsten Akteuren der Demokratie nehmen – den Bürger_innen. Schließlich sind sie es bzw. ihre Stimmen, um welche die Parteien miteinander konkurrieren. Daher werden wir im Folgenden Umfragedaten der deutschen Wahlstudie GLES (German Longitudinal Election Study; Roßteutscher, Schmitt-Beck u. a. 2019b, Roßteutscher, Schmitt-Beck u. a. 2018) nutzen, um Wähler_innenpotenziale und das Ausmaß des Wettbewerbs um Wähler_innenstimmen zwischen den Parteien zu ermitteln. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie viele Bürger_innen potenzielle Wähler_innen welcher Parteien sind bzw. in welchem Ausmaß sich die Parteien Wähler_innenpotenziale teilen. Um dies herauszufinden,

bedienen wir uns eines Umfrageinstruments, der sogenannten Wahlneigung (propensity to vote), das in vielen nationalen wie internationalen Wahlstudien Verwendung findet (Van Der Eijk und Oppenhuis 1991, Tillie 1995). Damit wird gemessen, wie hoch die Neigung einer Person ist – zwischen null und eins –, zukünftig einmal für eine bestimmte Partei zu votieren. Ein Wert von null bedeutet dabei, dass eine Person mit Sicherheit nie für die jeweilige Partei stimmen wird, und ein Wert von eins, dass sie mit Sicherheit für diese Partei stimmen wird. Die Situation zur Bundestagswahl 2017 bezüglich der Wahlneigungen der Bürger_innen für die einzelnen Parteien gibt Abbildung 1 wieder.

Abbildung 1: Wahlneigungen für die Bundestagsparteien



Für die Regierungsparteien sind die Verteilungen eher flach und recht ähnlich: Einige Bürger_innen schließen es kategorisch aus, jemals für die Unionsparteien oder die SPD zu stimmen, andere sind unentschieden, und wiederum andere sind sich sicher, zukünftig die jeweilige Partei zu wählen. Die durchschnittliche Wahlneigung für die SPD und Unionsparteien liegt auf der Skala von 0 bis 1 jeweils bei knapp 0,6. Für die Oppositionsparteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen sind sich mit 20 Prozent etwas mehr Befragte sicher, niemals für sie zu stimmen. Durch einen dennoch recht großen ihnen gegenüber positiv gestimmten Teil der Bürger_innen liegen die mittleren Wahlneigungen insgesamt dennoch zwischen 0,4 und 0,5.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für die Linke: Die niedrigere durchschnittliche Wahlneigung von 0,3 wird vor allem von über 30 Prozent der Befragten verursacht, die es für sich ausschließen, jemals für diese Partei zu stimmen. Für die AfD ergibt sich das klarste Bild: Fast 80 Prozent schließen es aus, jemals für die Rechtspopulisten zu stimmen, die mittlere Wahlneigung liegt entsprechend bei 0,1. Dass die großen Parteien die höchsten mittleren Wahlneigungen haben, liegt somit auch daran, dass sie

auf die geringste Ablehnung stoßen. Dies ist für die SPD noch deutlicher – nicht einmal jede_r Zehnte lehnt es kategorisch ab, prospektiv für sie zu stimmen.

Vergleicht man, um sich Wähler_innenpotenzialen zu nähern, die relativen Häufigkeiten der positiven Wahlneigungen für die Parteien, also den Anteil an Personen mit einer Wahlneigung über dem Skalenmittelpunkt von 0,5, ergibt sich das in Abbildung 2 dargestellte Bild. Für Union und SPD haben über die Hälfte der Bürger_innen positive Wahlneigungen, d. h., sie tendieren eher zu einer Stimmabgabe für diese Parteien, als dass sie sie ausschließen. Für die Grünen liegt der Anteil positiver Wahlneigungen bei über 40 Prozent, für die FDP bei gut einem Drittel, für die Linke bei einem Viertel und für die AfD bei etwa zehn Prozent. Die SPD weist mit 55 Prozent den höchsten Anteil an Befragten mit positiver Wahlneigung auf, der Unterschied zwischen SPD und Union ist jedoch verschwindend gering und statistisch nicht belastbar. Viel zentraler vor dem Hintergrund der deutlich unterschiedlichen Wahlergebnisse von Union und SPD in den letzten Jahren ist jedoch, dass der Anteil an Bürger_innen mit positiven Wahlneigungen für die SPD nicht geringer ist als für die Unionsparteien.

Abbildung 2: Anteil an Bürger_innen mit positiven Wahlneigungen

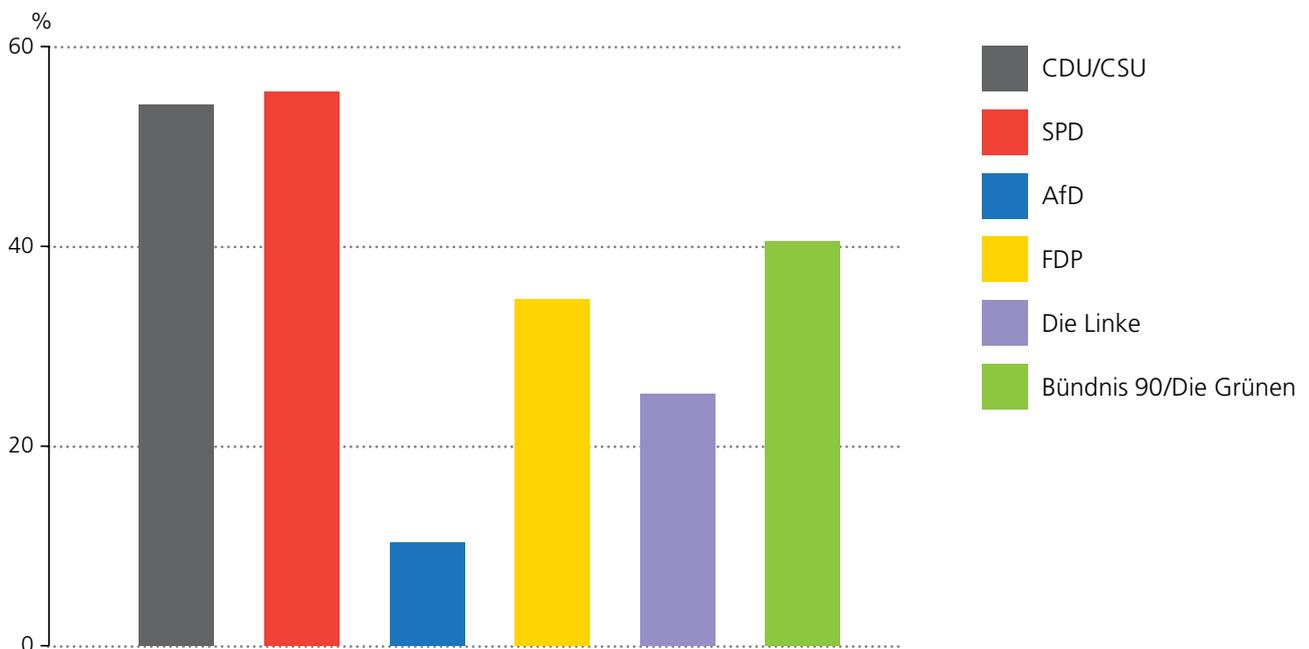
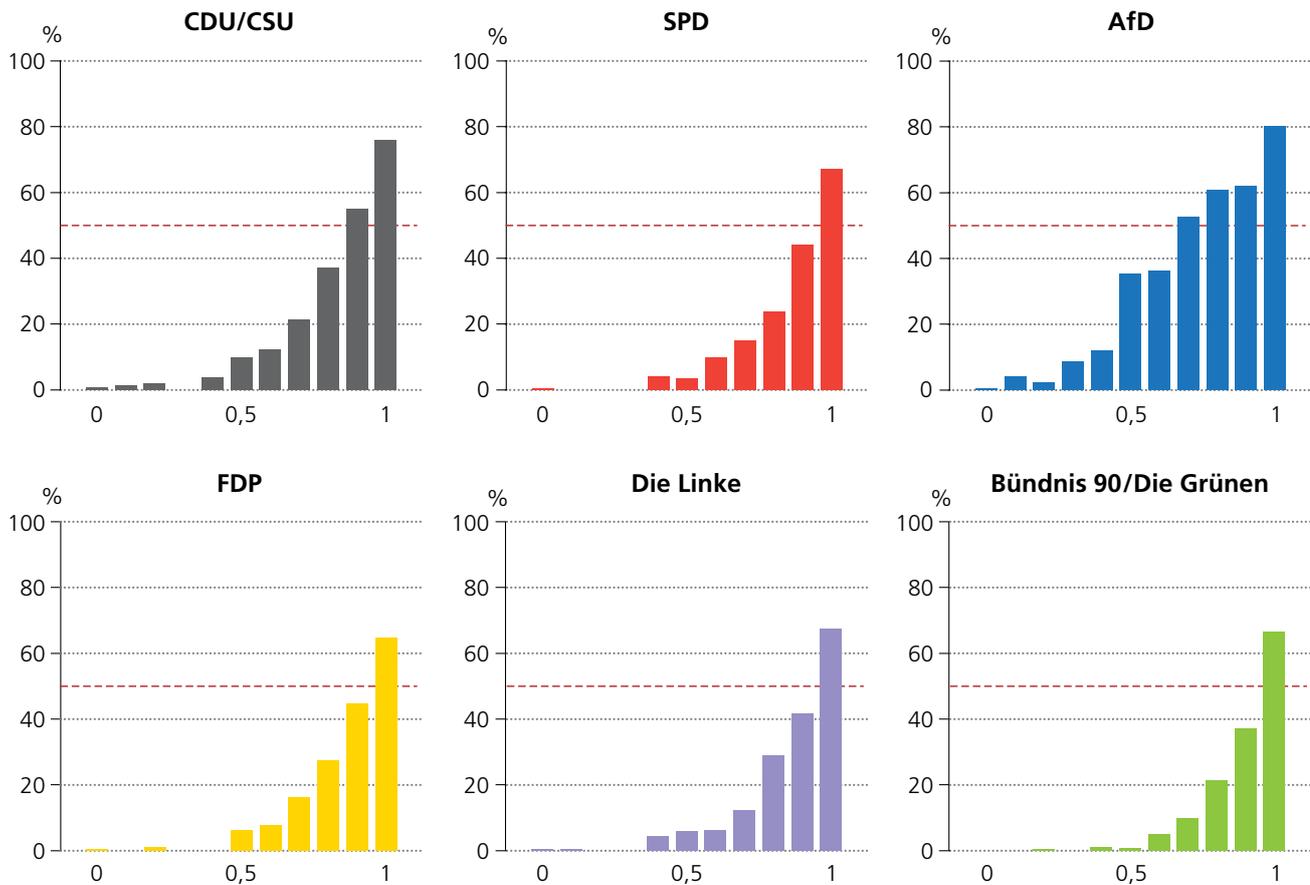


Abbildung 3: Anteil an Parteiwähler_innen nach Wahlneigung



Die bisherigen Befunde legen nahe, dass die Schwäche insbesondere der SPD nicht ihrer Unbeliebtheit bzw. ihren geringen Wähler_innenpotenzialen geschuldet ist. Die insgesamt positiven Wahlneigungen setzen sich allerdings für die Unionsparteien eher in tatsächliche Wähler_innenstimmen um als für die SPD.

Diese Interpretation legen auch die Befunde aus Abbildung 3 nahe. Hier wurde für die jeweiligen Wahlneigungen das tatsächliche Wahlverhalten zugunsten der jeweiligen Partei eingetragen. Wie viele derer, die sehr hohe Wahlneigungen für eine Partei ausdrücken, wählten diese auch tatsächlich bei der Bundestagswahl 2017? Wenig überraschend steigt der Anteil an Parteiwähler_innen mit der Wahlneigung an, dies jedoch durchaus unterschiedlich für die verschiedenen Parteien. So liegt der Anteil an SPD-Wähler_innen bei den Befragten mit einer SPD-Wahlneigung von eins nur bei etwa 67 Prozent, während bei der Union der entsprechende Anteil um 10 Prozentpunkte höher liegt. Für die zweithöchste zu vergebende Neigung von 0,9 sind es 44 (SPD) vs. 55 (CDU) Prozent und bei

einer immer noch sehr starken Neigung von 0,8 24 (SPD) vs. 37 (CDU) Prozent. Die Ausschöpfung des Potenzials erinnert für die Sozialdemokraten damit eher an die kleineren Parteien FDP, Linke und Grüne. Die AfD schöpfte ihr Potenzial am besten aus – die Neigung zur Wahl führt bei der AfD am stärksten auch zur tatsächlichen Wahl.

Es sind also stärkere Neigungen nötig, damit eine Person ihre Stimme den Sozialdemokraten gibt, als dies für die Unionsparteien der Fall ist. Anders formuliert: Eine hohe Wahlneigung für die SPD übersetzt sich weniger stark in eine tatsächliche Wahl. Relativ wenige Bürger_innen lehnen also die Union und/oder die SPD in toto ab, vielmehr neigen relativ und in etwa gleich viele Bürger_innen sogar dazu, ihnen prospektiv die Stimme zu geben. Jedoch vermag die Union ihr Potenzial weitaus besser zu realisieren und damit auszuschöpfen als die SPD.

Dieser Befund, dass die beiden Volksparteien über ähnlich hohe Wahlneigungen in der Bevölkerung verfügen, diese jedoch unterschiedlich erfolgreich realisieren, kann plau-

sibilisiert werden, wenn man nicht wie bisher die absolute, sondern die relative Höhe der Wahlneigungen für die einzelnen Parteien betrachtet. Genauer geht es dabei um Fragen der Erst- und Zweitpräferenzen der Bürger_innen oder darum, inwieweit gleichzeitig hohe Wahlneigungen für mehrere Parteien vorliegen (*ties* oder Rangplatzbindungen¹), somit mehr als eine Partei eine Wahloption darstellt. Ist also die Schwäche der SPD bei der Umwandlung von Wahlneigungen in tatsächliche Stimmen darauf zurückzuführen, dass sie nur „jedermanns zweite Wahl“ ist?

Dafür, dass eine Partei überhaupt für die Wahl infrage kommt bzw. gewählt wird, muss eine positive Wahlneigung vorliegen (vgl. Abbildung 3). Deshalb werden in die folgenden Untersuchungen nur Befragte einbezogen, die für mindestens eine Partei eine Wahlneigung über dem Mittelpunkt der Skala besitzen. Tabelle 1 zeigt, wie viel Prozent der Befragten mit mindestens einer positiven Wahlneigung a) ihren individuell höchsten und b) ihren individuell zweithöchsten Wert an die jeweiligen Parteien vergaben.²

Tabelle 1: Anteile an Befragten mit höchster und zweithöchster Wahlneigung pro Partei

	Anteil (in %) an Befragten mit ...	
	höchster Wahlneigung für	zweithöchster Wahlneigung für
CDU/CSU	41	20
SPD	32	34
AfD	8	4
FDP	14	26
Die Linke	12	15
Bündnis 90/ Die Grünen	20	27

¹ *Ties* oder Rangplatzbindungen liegen dann vor, wenn eine Person gleichermaßen stark zur Wahl von zwei oder mehreren Parteien neigt.

² Hiermit ist nicht der Maximalwert der Skala von 1 bzw. der zweithöchste Wert von 0,9 gemeint, sondern die höchsten und zweithöchsten Werte, die von der/dem jeweiligen Befragten über alle Parteien hinweg vergeben worden sind. Wenn eine Person zum Beispiel Wahlneigungen von 0,9 für die CDU und 0,8 für die SPD aufweist, während die Wahlneigungen für die anderen Parteien niedriger liegen, zählt sie zu den 41 Prozent derer mit der höchsten Wahlneigung für die Union und den 34 Prozent derjenigen Personen mit der zweithöchsten Wahlneigung für die SPD. Aufgrund der *ties* liegt die Summe der höchsten Wahlneigungen über alle Parteien bei über 100.

In Tabelle 1 zeigt sich ein relevanter Unterschied zwischen SPD und Union. Etwa 41 Prozent aller Befragten mit mindestens einer positiven Wahlneigung hatte ihre maximale Wahlneigung für die Union; sie ist somit am häufigsten die beliebteste Partei. Hingegen neigen nur 32 Prozent bei einer zukünftigen Wahl der SPD am stärksten zu. Sie stellt jedoch mit 34 Prozent für etwas mehr Befragte die zweitattraktivste Wahloption dar, wohingegen die Union dies für nur 20 Prozent der Befragten ist. Kurzum, während die Union am häufigsten die attraktivste Wahloption darstellt, ist die SPD am häufigsten die zweite Wahl der Bürger_innen.

Bislang ließen wir dabei unberücksichtigt, dass Personen maximale Wahlneigungen für mehr als nur eine Partei besitzen können. Dies betrifft jedoch etwa 22 Prozent der Befragten. Fast ein Viertel neigt demnach gleichermaßen stark zur Wahl von zwei (oder mehr) Parteien. Von allen Befragten, die angaben, am stärksten zur Wahl nur einer Partei zu neigen, wählten fast 75 Prozent auch diese. Die anderen blieben der Wahl fern oder stimmten 2017 für eine andere als die höchstpräferierte Partei. Differenziert nach den einzelnen Parteien ergibt sich folgendes Bild: Zwischen 75 und 77 Prozent der Bürger_innen, die der Union, der SPD, den Grünen oder der AfD als einziger Partei maximal zuneigen, haben der jeweiligen Partei 2017 auch ihre Stimme gegeben. Damit gelang es diesen Parteien am besten, maximale Wahlneigungen in Stimmen umzusetzen, insofern nur eine maximale Wahlneigung vorlag. Dahinter folgt die Linke mit 71 Prozent. Die FDP war am wenigsten in der Lage, diejenigen mit nur einer und der für sie stärksten Wahlneigung an der Wahlurne für sich zu gewinnen (65 Prozent).

Doch wie entscheiden sich die Bürger_innen, die für zwei oder mehrere Parteien maximale Wahlneigungen (*tie*) besitzen? Wen wählen Wahlberechtigte, die eine hohe Wahlneigung von beispielsweise 0,9 sowohl für die FDP als auch für eine Unionspartei aufweisen? Welche Partei erhält die Stimme einer Person, die mit gleichermaßen hoher Sicherheit Grüne und Sozialdemokraten wählen will? Genau um solche unentschiedenen, für mehrere Parteien offenen Bürger_innen dreht sich der politische Wettbewerb in erster Linie. Sie sind nicht auf eine Partei festgelegt. Vielmehr ist ihre Stimme auf dem politischen Markt verfügbar, sie sind daher auch häufiger Wechselwähler_innen (vgl. Wagner 2017).

Für die Bundestagsparteien unterscheidet sich der Anteil der Personen, die gleichermaßen zur Wahl von mehr als einer Partei neigen, wie Tabelle 2 zeigt. Über die Hälfte derer, die der FDP die höchste Wahlneigung entgegenbringen, neigen auch in gleicher Stärke zur Wahl mindestens einer weiteren Partei (über 70 % davon zur CDU/CSU). Für die Grünen und die Linken ist es etwas weniger als die Hälfte, wobei jeweils 55 % davon zugleich am stärksten zur SPD (für Grüne) respektive zu den Grünen (für die Linke) neigen. 38 Prozent der Befragten mit der individuell höchsten Wahlneigung für die SPD sind gleichermaßen der Wahl (mindestens) einer weiteren Partei zugeneigt (48 % Union, 44 % Grüne). Für die Unionsparteien sind es 31 Prozent (mit jeweils 44 % davon, die SPD und FDP den individuellen Maximalwert zuweisen). Im Falle der AfD teilt nur knapp ein Viertel derer, die ihr am stärksten zuneigen, diese maximale Präferenzierung mit einer anderen Partei. Damit hat die AfD ein relativ gering umkämpftes Wähler_innenpotenzial, gefolgt von Union und SPD, Linken und Grünen. Die FDP teilt sich ihre Höchstpräferenzierung am häufigsten mit anderen Parteien.

Tabelle 2: Anteile an Befragten mit *ties* bei der individuell höchsten Wahlneigung und Wahlentscheidung

	Anteil (in %) an Befragten mit <i>ties</i> bei der höchsten Wahlneigung	Anteil davon, die diese Partei wählten
CDU/CSU	31	36
SPD	38	29
AfD	23	68
FDP	55	47
Die Linke	43	40
Bündnis 90/ Die Grünen	47	33

Betrachtet man nun die Wahlentscheidungen der Personen mit *ties* bezüglich der individuell stärksten Wahlneigungen, so zeigen sich wiederum deutliche Unterschiede zwischen den Bundestagsparteien. Während fast 70 Prozent derer, die der AfD und mindestens einer weiteren Partei individuell am stärksten zuneigen, auch für die Rechtspopulisten stimmten, ist es im Falle der FDP nur ca. die Hälfte. Etwa 40 Prozent derer, die die höchste Wahlneigung zugunsten der Linken und mindestens einer anderen Partei aufwiesen, stimmten für die Linke. Für die

Union und die Grünen sind es dagegen nur 36 bzw. 33 Prozent. Das Schlusslicht bildet die SPD – nicht einmal jede dritte Person, die am stärksten zur Wahl der SPD und genauso sehr zur Wahl einer anderen Partei neigte, stimmte letztendlich für die Sozialdemokraten. Liegen *ties* bei der am stärksten präferierten Partei vor, schneidet die SPD am schlechtesten ab – über 70 Prozent derer, die neben der SPD noch eine oder mehrere andere Partei(en) für am attraktivsten hielten, entschieden sich für eine andere Partei. Im direkten Vergleich der Volksparteien teilt sich die SPD damit ihre maximalen Wahlneigungen häufiger als die Unionsparteien mit anderen Parteien und ist zudem von allen Parteien diejenige, die anteilig bei gleich hohen maximalen Wahlneigungen die wenigsten Stimmen für sich gewinnen kann.

Zusammengefasst ist also die Union für die meisten Bürger_innen die attraktivste und die SPD am häufigsten die zweitattraktivste Wahloption (Tabelle 1). Vor dem Hintergrund, dass unter den Wähler_innen die Stimmabgabe in fast allen Fällen zugunsten der Partei mit der höchsten Wahlneigung ausfällt (85 Prozent), so denn nur eine vorliegt, ist die im Vergleich schwache elektorale Performanz der SPD nicht verwunderlich. Hinzu kommt, dass sie – während sie die Partei mit den meisten positiven Wahlneigungen ist (Abbildung 2) – bei Gleichstand von maximalen Wahlneigungen häufiger verliert als andere Parteien (Tabelle 2).

3. Strukturiertheit des zwischenparteilichen Wähler_innenwettbewerbs

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass die Unterschiede in der elektoralen Performanz von Union und SPD nicht durch unterschiedlich große Wähler_innenpotenziale zu erklären sind, sondern in erster Linie durch die unterschiedliche Realisierung oder Ausschöpfung dieser Wähler_innenpotenziale. Den Unionsparteien gelingt es im Vergleich der gegenwärtigen Regierungspartner bei gleich hohem Wähler_innenpotenzial deutlich besser, dies auch in Stimmen umzumünzen. Dennoch erhielten auch die Christdemokraten gemeinsam mit den Christsozialen bei der Bundestagswahl 2017 bei etwa 55 Prozent positiven Wahlneigungen „nur“ ein Drittel der Stimmen. Wie entscheiden sich dann die potenziellen, aber nicht reellen SPD- und Unions-Wähler_innen? Dazu untersuchen wir, unter welchen Wähler_innen welcher Parteien die Potenziale für die beiden Volksparteien hoch sind, welche Wähler_innen welcher Parteien also für die SPD und die CDU/CSU auf dem Wähler_innenmarkt verfügbar wären, sich aber gegen sie entscheiden.

3.1 Die Verfügbarkeit der Wähler_innen anderer Parteien für die CDU/CSU und die SPD

Für die Analyse des Parteienwettbewerbs ist das bereits oben angesprochene Konzept der Verfügbarkeit von Wähler_innenstimmen zentral. Es drückt aus, dass die Wähler_innenstimmen nicht festgelegt, sondern im Parteienwettbewerb verfügbar sind. Hat eine Person eine starke Wahlneigung für eine Partei und geringe Neigungen, für eine der anderen Parteien zu votieren, kommt für diese Person somit nur diese eine Partei infrage. Sie ist nur Teil des Wähler_innenpotenzials dieser einen und keiner anderen Partei – ihre Stimme gilt als nicht verfügbar. Hat eine Person hingegen ähnlich starke Wahlneigungen für mehrere Parteien, kann ihre Stimme als verfügbar auf dem Stimmenmarkt angesehen werden. Solche Personen sind wahrscheinliche Wechselwähler_innen, die den Wahlausgang maßgeblich bestimmen. Es sind diese potenziellen Wechselwähler_innen, um die sich der Parteienwettbewerb vor allem dreht.

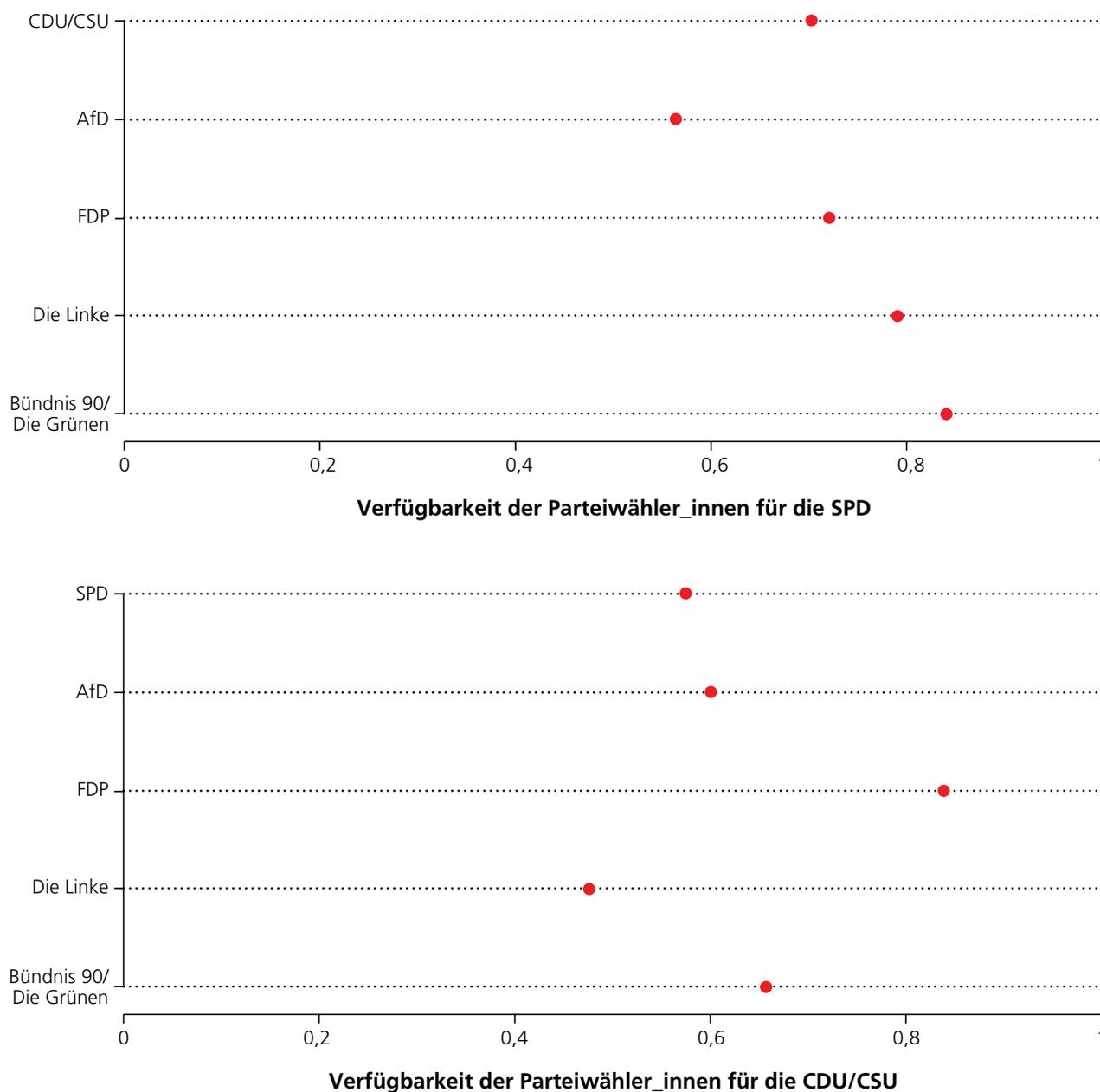
Diesen Überlegungen folgend, wurde für jede_n einzelne_n Wähler_in die individuelle Verfügbarkeit für die SPD respektive die Union auf Grundlage der Wahlneigungen berechnet.³ Damit kann nun untersucht werden, wo die Potenziale der gegenwärtigen Regierungsparteien liegen, und damit, unter welchen Parteien wie stark zugunsten der Union respektive der SPD Abwanderungsbereite zu finden sind. Wie auch die Wahlneigungen kann das hier verwendete Maß von Verfügbarkeit Werte zwischen null und eins annehmen – je höher der Wert, desto höher die Verfügbarkeit für die SPD respektive die Union. Ein Wert von null bedeutet dabei, dass eine Person (überhaupt) nicht verfügbar ist, ein Wert von eins, dass eine Person genauso stark oder sogar stärker zur Wahl der SPD respektive der Unionsparteien neigt wie bzw. als zur Wahl der von ihr gewählten Partei. Ihre Stimme ist somit im gleichen Maße für die SPD oder für die Union verfügbar. Abbildung 4 gibt über die durchschnittlichen Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die SPD und die Unionsparteien und somit über deren Wähler_innenpotenziale Auskunft.

Ihr größtes Potenzial hat die SPD innerhalb des linken Lagers: Die durchschnittlichen Verfügbarkeiten der Grünen- und Linken-Wähler_innen sind mit Werten von etwa 0,8 sehr hoch – viele Grünen- und Linken-Wähler_innen sind zugleich potenzielle SPD-Wähler_innen. Aber auch unter den Wähler_innen des bürgerlichen Lagers hat die SPD ein recht hohes Wähler_innenpotenzial. So ergeben sich sowohl für die Wähler_innen der Union als auch die der FDP Verfügbarkeitswerte über 0,7. Am geringsten verfügbar für die SPD sind die AfD-Wähler_innen. Dennoch liegt der Wert mit ca. 0,6 im mittleren Bereich; die SPD hat also auch unter dieser Wähler_innenschaft Potenzial.

Die Union weist das stärkste Potenzial (etwa 0,85) bei den FDP-Wähler_innen auf. Ebenfalls für die Unionsparteien verfügbar sind die Grünen-Wähler_innen (die überhaupt

³ Die Berechnungsformel und eine kurze Erläuterung finden sich im Anhang.

Abbildung 4: Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die SPD und die Unionsparteien



die offenste Wähler_innengruppe darstellen). AfD- und SPD-Wähler_innen sind für die Union in geringem Umfang verfügbar, Linken-Wähler_innen nochmals weniger. Insgesamt ist die Verfügbarkeit für die Union geringer als für die SPD, auch deshalb, da Erstere ihr Potenzial bereits besser zu realisieren vermochte. Mit einer durchschnittlichen Verfügbarkeit aller Wähler_innen anderer Parteien von etwas über 0,7 bestätigt sich hier noch einmal der Befund aus dem vorangegangenen Kapitel, dass die Sozialdemokratie generell hohe und höhere Wähler_innen-

potenziale als die Union hat. Anders formuliert haben die Wähler_innen der anderen Parteien häufig ähnlich hohe Wahlneigungen für die SPD wie für die von ihnen gewählte Partei. Die Intensität des Wettbewerbs um Wählerstimmen mit der SPD also ist hoch, denn schließlich handelt es sich bei den für die SPD verfügbaren Wähler_innen der anderen Parteien um potenzielle Wechselwähler_innen hin zu den Sozialdemokraten. Die Union konkurriert am ehesten noch um Stimmen bei den Beinahe-Partnern der nicht zustande gekommenen Jamaika-Koalition.

3.2 Die Struktur des zwischenparteilichen Wettbewerbs: Hintergründe der Wähler_innenverfügbarkeit

Wie lassen sich die Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die Unionsparteien respektive die SPD nun erklären? Anders gefragt: Wodurch wird die oben beschriebene Wettbewerbssituation inhaltlich bestimmt? Generell wird davon ausgegangen, dass der politische Wettbewerbsraum in westlichen Demokratien zweidimensional ist. Abstrakt formuliert konkurrieren Parteien miteinander bezüglich einer sozioökonomischen und auf einer dazu orthogonal verlaufenden soziokulturellen Dimension (Kitschelt und McGann 1995). Fragen der Umverteilung, der Besteuerung und des Umfangs sozialstaatlicher Leistungen bilden die erste Dimension. Die zweite Dimension wird durch Umweltthemen, gesellschaftliche Liberalität vs. autoritäre Orientierung, Internationalismus vs. Nationalismus und Identitätsfragen gebildet. Für die Untersuchung einer konkreten Wahl geht es um die in der jeweiligen Situation relevanten Sachfragen, die diesen Dimensionen zugeordnet werden können. Dem räumlichen Erklärungsmodell der Wahlentscheidung folgend (Downs 1957) entscheiden sich die Bürger_innen in der Regel für die Parteien, die ihnen inhaltlich am nächsten stehen. Demnach stehen Parteien mit ähnlichen Positionen bezüglich bestimmter Sachfragen im Wettbewerb um die gleichen Wähler_innen. Übertragen auf die Verfügbarkeit von Wähler_innen ist anzunehmen, dass Parteiwähler_innen umso verfügbarer für eine andere Partei sind, je ähnlicher die Positionen beider Parteien relativ zur Position der Wähler_innen sind. Einfacher formuliert: Parteien konkurrieren vor allem um die Wähler_innen, die in Bezug auf politische Sachfragen zwischen ihnen stehen. Abbildung 5 verdeutlicht dies.

In allen drei Szenarien stimmte Person X_B für die Partei B. Im ersten Szenario ist Partei A weiter von X_B entfernt als

Partei B, im zweiten Szenario sind beide Parteien gleich nahe. Partei A wird von der Person etwas weiter links der eigenen Position wahrgenommen, Partei B etwas weiter rechts, aber die relativen Abstände beider Parteien zu X_B sind identisch. Daher sollte die Wahlneigung von X_B für Partei A, soweit die entsprechende Politikdimension bzw. politische Konfliktlinie von Relevanz ist, im zweiten Szenario höher bzw. genauso groß sein als bzw. wie die Wahlneigung für Partei B. Die Stimme von X_B ist dann für Partei A verfügbar, auch wenn sie sich in der letzten Wahl für B entschieden hat. Im dritten Szenario ist X_B rechts von A und B positioniert, steht jedoch Partei B deutlich näher als Partei A. Der Abstand zwischen den beiden Parteien ist in Szenario 1 und 3 identisch, X_B ist im dritten Fall jedoch nicht für Partei A verfügbar. Das verdeutlicht, dass eine Analyse des politischen Wettbewerbs nur auf Basis der Ähnlichkeiten von Parteipositionen zu kurz greift. Vielmehr müssen die relativen Positionen zu den Wähler_innen mit in den Blick genommen werden, um zu validen Aussagen über die Hintergründe der Verfügbarkeit von Wähler_innenstimmen zu gelangen.

Kürzlich argumentierten jedoch Inglehart und Norris (2019), dass die zwei den Wettbewerbsraum strukturierenden Dimensionen um eine dritte, unabhängige Dimension zu ergänzen sind – die Populismus-Pluralismus-Dimension. Hierbei geht es im Gegensatz zur sozioökonomischen und zur soziokulturellen Dimension nicht um konkrete politische Sachfragen, sondern darum, wo die legitime Entscheidungsgewalt in der Demokratie liegen sollte. Es existierten pluralistische und populistische Vorstellungen von der Gesellschaft, sowohl bei den Parteien als auch in der Bevölkerung. Populismus bedeutet hier, dass die Gesellschaft als in zwei weitgehend homogene und einander diametral gegenüberstehende Teile gespalten wahrgenommen wird: die Bevölkerung und die Elite. Letztere würde dabei die Wünsche und Präferenzen der Bevölkerung ignorieren und ihre Repräsentationsfunktion

Abbildung 5: Verfügbarkeit von Wähler_in „ X_B “ für Partei A

Szenario 1:	A	X_B	B
Szenario 2:	A	X_B	B
Szenario 3:	A		B
			X_B

Konfliktlinie

nicht erfüllen. Da das Volk der populistischen Lesart zufolge mit einem einheitlichen Willen ausgestattet ist und keine horizontalen Spaltungen oder Gegensätze in der Gesellschaft existierten, seien pluralistische Interessenrepräsentationen unnötig oder gar kontraproduktiv.

Befunde der Wahl- und der Parteienforschung deuten darauf hin, dass die Populismus-Pluralismus-Dimension für den Parteienwettbewerb in Deutschland in der Tat relevant ist (vgl. Wagner und Lichteblau 2019b, i. E.). Dies liegt nicht zuletzt darin begründet, dass die deutschen Parteien sich hinsichtlich ihres Populismusgrads voneinander unterscheiden (Lewandowsky, Giebler u.a. 2016). Zudem sind individuelle Wahlentscheidungen maßgeblich auch durch populistische Einstellungen der Bürger_innen zu erklären. So erhöhen populistische Einstellungen die Wahrscheinlichkeit, die AfD zu wählen, und verringern die Wahlwahrscheinlichkeit von Parteien, die weniger oder nicht populistisch sind, insbesondere von Union und Grünen (Steiner und Landwehr 2018, Giebler und Wagner 2019).

Welchen Einfluss haben nun sozioökonomische und soziokulturelle Sachfragen sowie populistische Einstellungen auf den Wettbewerb? Wie ist er inhaltlich strukturiert? Zur Untersuchung der Wettbewerbsstruktur berechnen wir multivariate Regressionsmodelle⁴, die die Verfügbarkeit der Wähler_innen anderer Parteien für die SPD respektive die Union auf die relativen Ähnlichkeiten zwischen der jeweils gewählten Partei und der SPD respektive der Union zur befragten Person hinsichtlich der drei Dimensionen des Wettbewerbs zurückführen. Dazu wird die in Abbildung 5 dargestellte Logik der Verfügbarkeit auf die drei genannten Dimensionen angewendet. In der GLES-Nachwahlstudie 2017 beziehen sich die sozioökonomischen Fragen auf das Thema der Umverteilung (Steuern und Sozialstaat). Die soziokulturelle Dimension ist durch das Thema der rechtlichen Regelung von Zuwanderung (Vereinfachung vs. Beschränkung von Zuwanderungsmöglichkeiten) repräsentiert. Für die Berechnung der re-

lativen Ähnlichkeiten bezüglich dieser Sachfragen ziehen wir jeweils die Selbsteinschätzung der Befragten sowie deren Wahrnehmungen der Positionen der einzelnen Parteien heran. Für die Populismus/Pluralismus-Dimension wird ebenfalls ein relatives Ähnlichkeitsmaß berechnet. Dieses beruht zum einen - entsprechend dem Ansatz von Akkerman et al. (2014) - auf den populistischen Einstellungen der Bürger_innen, ermittelt anhand einer Reihe von Fragen in der Bevölkerungsumfrage (vgl. Giebler und Wagner 2019). Zum anderen ermitteln wir auf Grundlage der Kandidat_innenbefragung den Populismusgrad der Parteien (vgl. Lewandowsky, Giebler u. a. 2016).

Zusätzlich berücksichtigen wir zwei weitere Faktoren, die sich nicht auf konkrete Politikinhalte oder populistische Einstellungen beziehen, die Verfügbarkeit von Wähler_innen jedoch beeinflussen können. Zum einen handelt es sich um die Parteiidentifikation der Befragten. Die Identifikation mit einer Partei als langfristige und stabile politische Prädisposition gilt in der Wahlforschung als starker, wenn nicht stärkster Erklärungsfaktor der Wahlentscheidung (Schoen und Weins 2014). Von daher ist anzunehmen, dass Personen mit einer Parteiidentifikation für die gewählte Partei weniger verfügbar für andere Parteien sind. Zudem ist zu prüfen, inwieweit der Parteienwettbewerb durch das politische (Spitzen-)Personal bzw. durch dessen Bewertungen seitens der Bürger_innen beeinflusst wird. Schließlich ist dieser Faktor von starker Bedeutung für die Wahlentscheidungen der Bürger_innen (Glinitzer und Jungmann 2019). Ist die Stimme einer Person also eher für die SPD respektive die Unionsparteien verfügbar, wenn deren Spitzenkandidat_in – 2017 also Kanzlerin Angela Merkel und der Kanzlerkandidat Martin Schulz – besser als die zu wählende Partei beurteilt wird? Könnte also die geringe Potenzialausschöpfung der SPD (auch) an einer relativ schlechteren Bewertung des SPD-Kandidaten liegen?⁵ Abbildungen 6 und 7 stellen die Ergebnisse der Regressionsmodelle für jede Partei grafisch dar.

Zunächst fällt auf, dass der Wettbewerb um Stimmen parteispezifisch ist: Keine der inhaltlichen Dimensionen bzw. Themen strukturiert die Verfügbarkeit der Wähler_innen der anderen Parteien in gleichem Maße. Zweitens ist in der

⁴ Regressionsmodelle sind mathematische Modelle, in denen die Verteilung einer zu erklärenden Variablen – hier: Verfügbarkeit der Wähler_innen anderer Parteien für die SPD respektive die Unionsparteien – mit anderen Variablen in Beziehung gesetzt wird. Dabei wird geprüft, wie stark Letztere mit der zu erklärenden Variablen zusammenhängen. Multivariate Regressionsmodelle untersuchen die Zusammenhänge der zu erklärenden Variablen mit mehreren Variablen gleichzeitig.

⁵ Genauere Informationen zur Methode und zu den verwendeten Variablen befinden sich im Anhang.

Tendenz die Verfügbarkeit stärker von der Politiker_innenbewertung abhängig als von den relativen Ähnlichkeiten der Positionen bezüglich der beiden Sachfragendimensionen und der Populismus-Pluralismus-Unterscheidung. Der elektorale Wettbewerb im Sinne der Überschneidung von Wahlneigungen der Bürger_innen ist also weniger von Positionen zu konkreten Sachfragen oder hinsichtlich des Populismus bestimmt als durch die Bewertung des jeweiligen Personals. Letzteres hat für Union wie SPD gegenüber allen anderen Parteien einen deutlichen Effekt: Wurde Martin Schulz besser bewertet als die jeweiligen anderen Spitzenkandidat_innen, waren die Wähler_innen dieser Parteien eher geneigt, ihre Stimme der SPD zu geben. Umgekehrt bedeutet dies aber auch: Martin Schulz wurde zum Zeitpunkt der Wahl weniger gut bewertet, nicht nur im Vergleich zum Zeitpunkt seiner Nominierung oder zur Amtsinhaberin Merkel, sondern auch zur SPD. Dies führte (auch) zu höheren Wahlneigungen für die Union und zu geringeren für die SPD. Die Sozialdemokraten benötigten aber, wie gezeigt, gerade stärkere Wahlneigungen, um die Wähler_innenstimme dann auch tatsächlich zu erhalten. Die Amtsinhaberin Merkel wurde deutlich besser bewertet, und ihre Popularität setzte sich auch unter den Wähler_innen der anderen Parteien in Wahlneigungen für die Union um. Die Befunde lassen also den Schluss zu, dass die im Vergleich zur Union geringere Potenzialaus-schöpfung der SPD eine Ursache in der unterschiedlichen Beliebtheit der Kanzlerkandidat_innen hatte.

Die Parteiidentifikation hat für die bürgerlichen Parteien FDP und Union eine Abschirmfunktion gegenüber den Sozialdemokraten. Personen, die über längere Zeit zu Liberalen, CDU oder CSU neigten, sind für die SPD weniger verfügbar. Ähnliches gilt umgekehrt für die Union: Eine Parteiidentifikation mit SPD, FDP oder Grünen senkt die Neigung, für die Unionsparteien zu stimmen. Darüber hinaus spielen jedoch relative Sachfragenpositionen – welcher Partei fühlt sich ein_e Bürger_in hinsichtlich der Höhe von Steuern und sozialstaatlichen Leistungen und in Bezug auf Einwanderungsregeln näher – sowie die relative Ähnlichkeit in Fragen populistischer Einstellungen eine Rolle für die Struktur des zwischenparteilichen Wettbewerbs. Welche dieser Aspekte für welche der Parteikombinationen 2017 wichtig waren, zeigen ebenfalls Abbildung 6 und Abbildung 7.

Generell bestätigt sich die oben aus dem sogenannten räumlichen Modell der Wahlentscheidung abgeleitete

Vermutung, dass eine Person, die einer Partei im Wettbewerbsraum nähersteht, eine stärkere Wahlneigung für diese Partei aufweist als eine Person, die weiter von dieser Partei entfernt ist. Für den Wettbewerb zwischen zwei Parteien bedeutet dies, dass ein_e Wähler_in einer Partei genau dann umso stärker zur Wahl *auch einer anderen* Partei neigt, je näher die andere Partei zu den eigenen politischen Interessen im Vergleich zur gewählten Partei wahrgenommen wird. Steigt die inhaltliche Nähe dieser anderen Partei relativ zur inhaltlichen Nähe der gewählten Partei, so steigt auch die Verfügbarkeit der Person für diese andere Partei. Dies gilt jedoch, wie erwähnt, nicht hinsichtlich aller Dimensionen des politischen Wettbewerbsraums für alle Parteienkombinationen in gleicher Weise.

Aus Sicht der SPD können für die drei hier untersuchten Dimensionen des politischen Wettbewerbs folgende Befunde festgehalten werden: Sozioökonomische Fragen sind relevant für die Verfügbarkeit der Wähler_innenstimmen der Unionsparteien, der AfD, der Linken und der Grünen. Die Wähler_innen dieser vier Parteien fühlen sich bei einer besseren Repräsentation ihrer Interessen hinsichtlich der Höhe von Steuern und Abgaben und des Ausmaßes sozialstaatlicher Leistungen zur SPD hingezogen. Die Verfügbarkeit der Stimmen der FDP-Wähler_innen hängt dagegen nicht von sozioökonomischen Fragen ab. Das höchste Potenzial hatte die SPD, wie Abbildung 4 zeigte, bei Grünen und Linken. Die naheliegende Interpretation ist somit, dass der Parteienwettbewerb im linken Lager vor allem einer um Umverteilung und soziale Sicherheit ist. Ein sozioökonomisch linker Kurs der Sozialdemokraten sollte daher Wähler_innen der anderen linken Parteien anziehen können.

Allerdings gilt dies auch für die Unionsparteien: Die Stimmen der Wähler_innen von SPD, AfD, FDP und Grünen sind dann für die CDU/CSU verfügbarer, wenn die Union den Wähler_inneninteressen in sozioökonomischen Fragen ähnlicher wird. Interessanterweise gilt dies nicht für den Wettbewerb Union vs. Linke, ebenso wenig für SPD vs. FDP. Mithin sind es die in Fragen von Steuern und Umverteilung am weitesten voneinander entfernten Parteien, mit denen Union respektive SPD gerade nicht auf der sozioökonomischen Konfliktachse konkurrieren. Anhänger_innen von Parteien, die vollkommen andere Vorstellungen vom Umfang und der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats haben, sind auch dann nicht stärker geneigt, eine der bei-

den Volksparteien zu wählen, wenn diese etwas weniger weit entfernt wahrgenommen wird.

Hinsichtlich der Frage des Zuzugs nach Deutschland, eines der wichtigsten Themen bei der Bundestagswahl 2017 (Roßteutscher, Schmitt-Beck u.a. 2019a), konkurrieren die Sozialdemokraten vor allem mit der FDP und wiederum den Grünen, während die Verfügbarkeit der Stimmen von Linken-, Unions- und AfD-Wähler_innen nicht durch diese Frage bestimmt wird. Gerade der letztgenannte Befund ist vor dem Hintergrund interessant, dass eine restriktivere Einwanderungspolitik von einigen Beobachter_innen zuweilen als Lösungsmöglichkeit der Krise ins Spiel gebracht wird. Die Ergebnisse in Abbildung 6 zeigen jedoch, dass eine Annäherung an die Positionen von AfD-Wähler_innen deren Verfügbarkeit für die SPD nicht erhöht. Das ohnehin vergleichsweise geringe Potenzial bei der AfD (vgl. Abbildung 4) kann durch eine Veränderung der politischen Position beim Thema Zuwanderung nicht vergrößert werden.

Für die Wettbewerbssituation der Unionsparteien spielt die Zuwanderungsfrage eine ähnliche Rolle. Die Verfügbarkeit der Stimmen der Wähler_innen der Linken und, mit größerer Unsicherheit, der Grünen hängt von der relativen Nähe der Union bezüglich dieser Sachfrage ab. Interessanterweise ist die Konkurrenzsituation mit der AfD auch für die Union nicht mit Positionierungen hinsichtlich restriktiverer Einwanderungsregeln verbunden. Das bedeutet, dass eine Vergrößerung des elektoralen Potenzials unter der AfD-Wähler_innenschaft durch eine restriktivere Positionierung hinsichtlich der Zuwanderung auch für die Union unwahrscheinlich ist.

Neben politischen Sachfragen bestimmte in den letzten Jahren auch das Phänomen des Populismus die politische Debatte. So wird z.B. die Abgrenzung der Bundestagsparteien von der AfD nicht nur mit unvereinbaren politischen Positionen begründet. Auch stehen Populisten zuweilen unter Verdacht, nicht gleichermaßen fest zu den pluralistisch-liberalen Werten des Grundgesetzes zu stehen. Daher kann, wie oben diskutiert, die politische Spannungslinie zwischen Populismus und Pluralismus auch für den Wähler_innenwettbewerb virulent werden. Die in Abbildung 6 präsentierten Ergebnisse bestätigen dies aus SPD-Perspektive für den Wettbewerb mit der Union, den Linken sowie Bündnis 90/Die Grünen. Die Wähler_innen dieser Parteien sind für die SPD umso verfügbarer, je

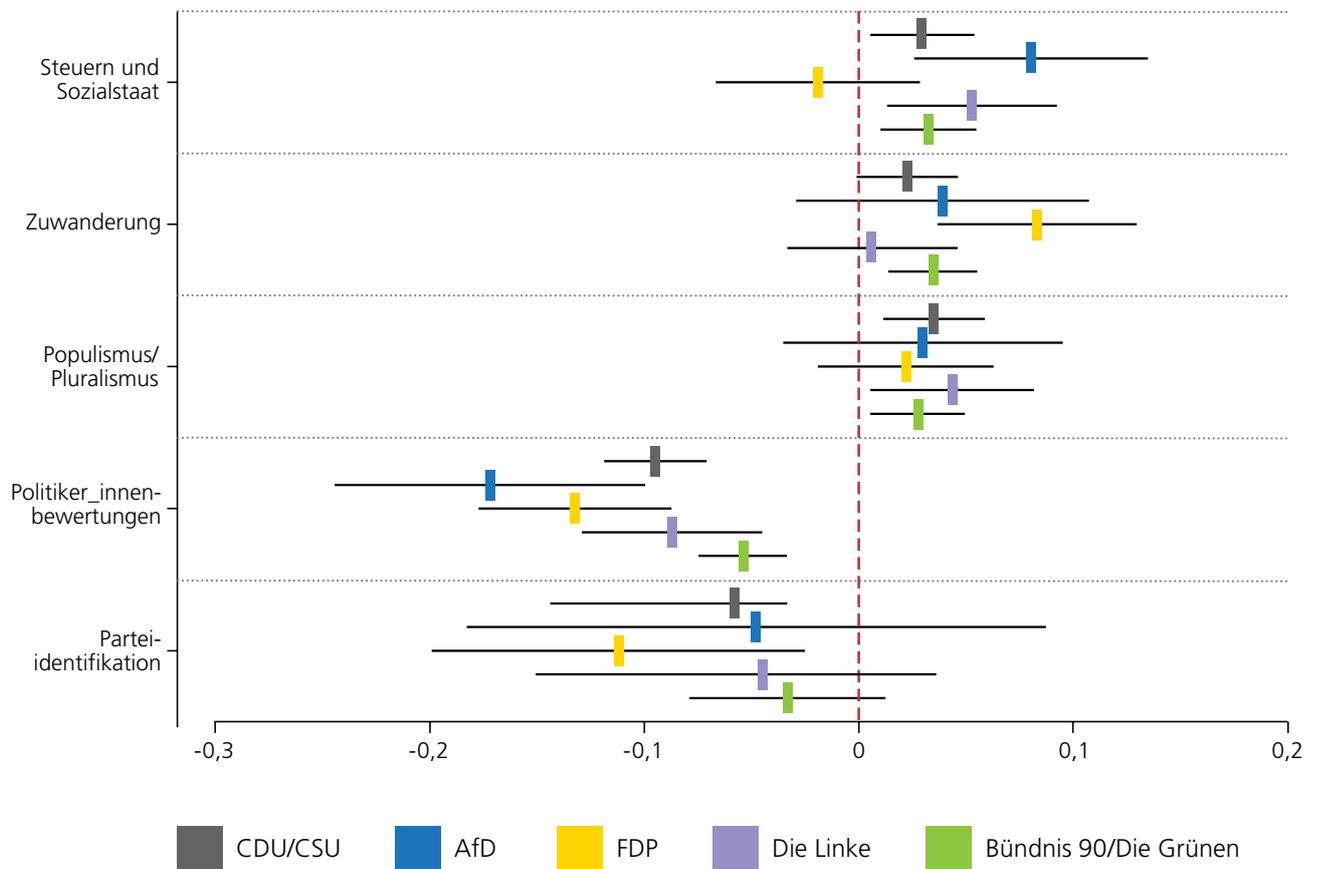
näher die SPD ihnen hinsichtlich der Populismus-Pluralismus-Dimension im Vergleich zur jeweilig gewählten Partei steht. Dies lässt sich als Indiz dafür interpretieren, dass es vor allem die pluralistisch orientierten Parteien sind, mit denen die SPD im Wettbewerb steht. Die SPD konkurriert kaum um die gleichen Wähler_innenstimmen wie die Populisten. Für die Union ist dies eine insgesamt weniger relevante Dimension des Wettbewerbs. Einzig die Verfügbarkeit der Stimmen der FDP-Wähler_innen ist davon leicht beeinflusst, wie der positive Effekt mit vergleichsweise geringer Irrtumswahrscheinlichkeit in Abbildung 7 zeigt.

Zusammengefasst können wir festhalten, dass sich der zwischenparteiliche Wettbewerb um die Wähler_innenstimmen für die beiden Volksparteien in Bezug auf die Sachfragen hauptsächlich um den Themenkomplex von Steuern, Abgaben und sozialstaatlichen Leistungen dreht. Auf dieser sozioökonomischen Konfliktlinie konkurrieren die SPD und die Union mit den anderen Parteien deutlich stärker als mit Blick auf die Migrationsdebatte. Bemerkenswerterweise sind Fragen nach Zuzugsregeln auch nicht für den Wettbewerb mit der AfD von Belang – obwohl dieses Thema den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 dominierte.

Der Grad des Populismus und die Ähnlichkeit zwischen den populistischen Einstellungen einer Person und einer Partei beeinflussen den Wettbewerb ebenfalls. Allerdings findet in dieser Hinsicht der Wettbewerb eher zwischen den etablierten Parteien statt, die 2017 weitgehend ähnlich nicht-populistisch waren und deren Wähler_innen ebenfalls deutlich weniger populistisch eingestellt waren als die Nicht- und die AfD-Wähler_innen. Auch hier, wie in Bezug auf die sozioökonomische Dimension, zeigt sich, dass der Wettbewerb weniger zwischen den Parteien an den entgegengesetzten Polen einer Dimension stattfindet.

Vor allem bleibt für den zwischenparteilichen Wettbewerb festzuhalten, dass die Kandidat_innenbewertungen für die Verfügbarkeit der Stimmen maßgeblich sind. Positionelle Neubestimmungen sind für die elektorale Attraktivität weniger ausschlaggebend als ein überzeugendes Personal.

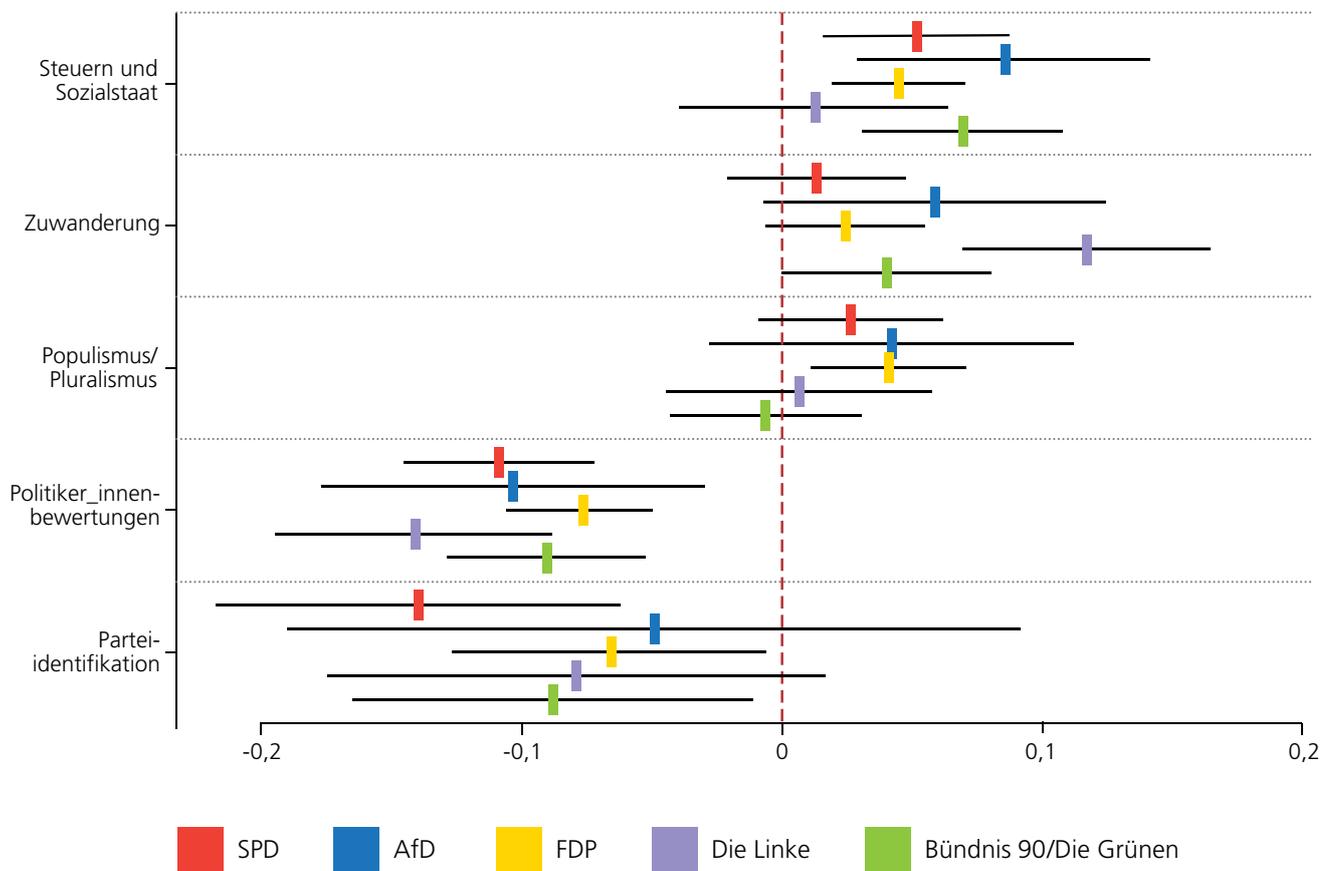
Abbildung 6: Ergebnisse zur Struktur des Wähler_innenwettbewerbs zwischen der SPD und den anderen Bundestagsparteien 2017



Erläuterung: Die Punkte repräsentieren die Effekte der jeweiligen Erklärungsvariablen auf die Verfügbarkeit der Wähler_innen der jeweiligen anderen Parteien für die SPD. Werte im positiven Bereich für die Variablen „Steuern vs. Sozialstaat“, „Zuwanderung“ und „Populismus/Pluralismus“ bedeuten, dass eine größere wahrgenommene Nähe zur SPD als zur gewählten Partei bei einer Person dazu führt, dass die Verfügbarkeit für die SPD steigt. Negative Werte für die „Politiker_innenbewertung“ bedeuten, dass eine schlechtere Bewertung Martin Schulz' gegenüber des_der Spitzenkandidat_in der gewählten Partei mit einer geringeren Verfügbarkeit für die SPD einhergeht. Negative Werte für die Variable „Parteiidenti-

kation“ bedeuten, dass Personen, die sich mit der jeweils gewählten Partei identifizieren, geringere Verfügbarkeiten für die SPD aufweisen als Personen, für die keine Partei-identifikation für die gewählte Partei vorliegt. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. Schließt ein Konfidenzintervall die Linie des Nullpunkts ein, so ist die Irrtumswahrscheinlichkeit, dass die jeweilige Variable tatsächlich im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der Wähler_innen steht, hoch. In solchen Fällen kann ein zufälliges Zustandekommen des Effekts kaum ausgeschlossen werden.

Abbildung 7: Ergebnisse zur Struktur des Wähler_innenwettbewerbs zwischen den Unionsparteien und den anderen Bundestagsparteien 2017



Erläuterung: Die Punkte repräsentieren die Effekte der jeweiligen Erklärungsvariablen auf die Verfügbarkeit der Wähler_innen der jeweiligen anderen Parteien für die Union. Werte im positiven Bereich für die Variablen „Steuern vs. Sozialstaat“, „Zuwanderung“ und „Populismus/Pluralismus“ bedeuten, dass eine größere wahrgenommene Nähe zur Union als zur gewählten Partei bei einer Person dazu führt, dass die Verfügbarkeit für die Union steigt. Negative Werte für die Variable „Politiker_innenbewertungen“ bedeuten, dass eine schlechtere Bewertung Angela Merkels gegenüber des_der Spitzenkandidat_in der gewählten Partei mit einer geringeren Verfügbarkeit

für die Union einhergeht. Negative Werte für die Variable „Parteiidentifikation“ bedeuten, dass Personen, die sich mit der jeweils gewählten Partei identifizieren, geringere Verfügbarkeiten für die Union aufweisen als Personen, für die keine Parteiidentifikation für die gewählte Partei vorliegt. Die horizontalen Linien stellen die 95%-Konfidenzintervalle dar. Schließt ein Konfidenzintervall die Linie des Nullpunkts ein, so ist die Irrtumswahrscheinlichkeit, dass die jeweilige Variable tatsächlich im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der Wähler_innen steht, hoch. In solchen Fällen kann ein zufälliges Zustandekommen des Effekts kaum ausgeschlossen werden.

3.3 Aussichten auf Mobilisierungserfolge: Die Parteipotentiale unter den Nichtwähler_innen

Die vorherigen Untersuchungen haben gezeigt, wie groß die Potenziale der SPD unter den Wähler_innenschaften der anderen Parteien sind und wie der Parteienwettbewerb aus dieser Perspektive strukturiert ist. Jedoch geht es im Parteienwettbewerb nicht ausschließlich um Stimmenmaximierung durch den Gewinn potenzieller Wechselwähler_innen, sondern auch um die Mobilisierung von Nichtwähler_innen. Deshalb fragen wir im letzten Schritt dieser Untersuchung nach den Potenzialen der Parteien unter denjenigen, die der letzten Wahl ferngeblieben sind.

Abbildung 8 zeigt die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die einzelnen Bundestagsparteien. Insgesamt weisen die Nichtwähler_innen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung niedrigere durchschnittliche Wahlneigungen für alle Parteien auf, mit Ausnahme der AfD (vgl. Abbildung

1). Dies liegt vor allem daran, dass mehr Nichtwähler_innen es kategorisch ausschließen, die jeweiligen Parteien jemals zu wählen. Dementsprechend sind auch die Anteile an positiven Wahlneigungen geringer (vgl. Abbildung 2). Anders als in der Gesamtbevölkerung hat die Union mit 47 Prozent klar den größten Anteil unter den Nichtwähler_innen, die einer zukünftigen Stimmabgabe gegenüber positiv gestimmt sind. Für die SPD liegt der Nichtwähler_innenanteil mit positiven Wahlneigungen bei immerhin noch 40 Prozent. Dahinter folgen FDP und Grüne mit 23 bzw. 22 Prozent und die Linke mit 18 Prozent an positiven Wahlneigungen. Schlusslicht ist auch hier die AfD – allerdings ist ihr Anteil an Personen mit positiven Wahlneigungen unter den Nichtwähler_innen etwas höher als in der Gesamtbevölkerung (16 Prozent zu 10 Prozent).

Ausgehend von den absoluten Wahlneigungen besitzen also beide Volksparteien auch unter den Nichtwähler_innen relativ große Potenziale, wenn auch niedrigere als in der Gesamtbevölkerung. Allerdings sind hier die Unter-

Abbildung 8: Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die Bundestagsparteien

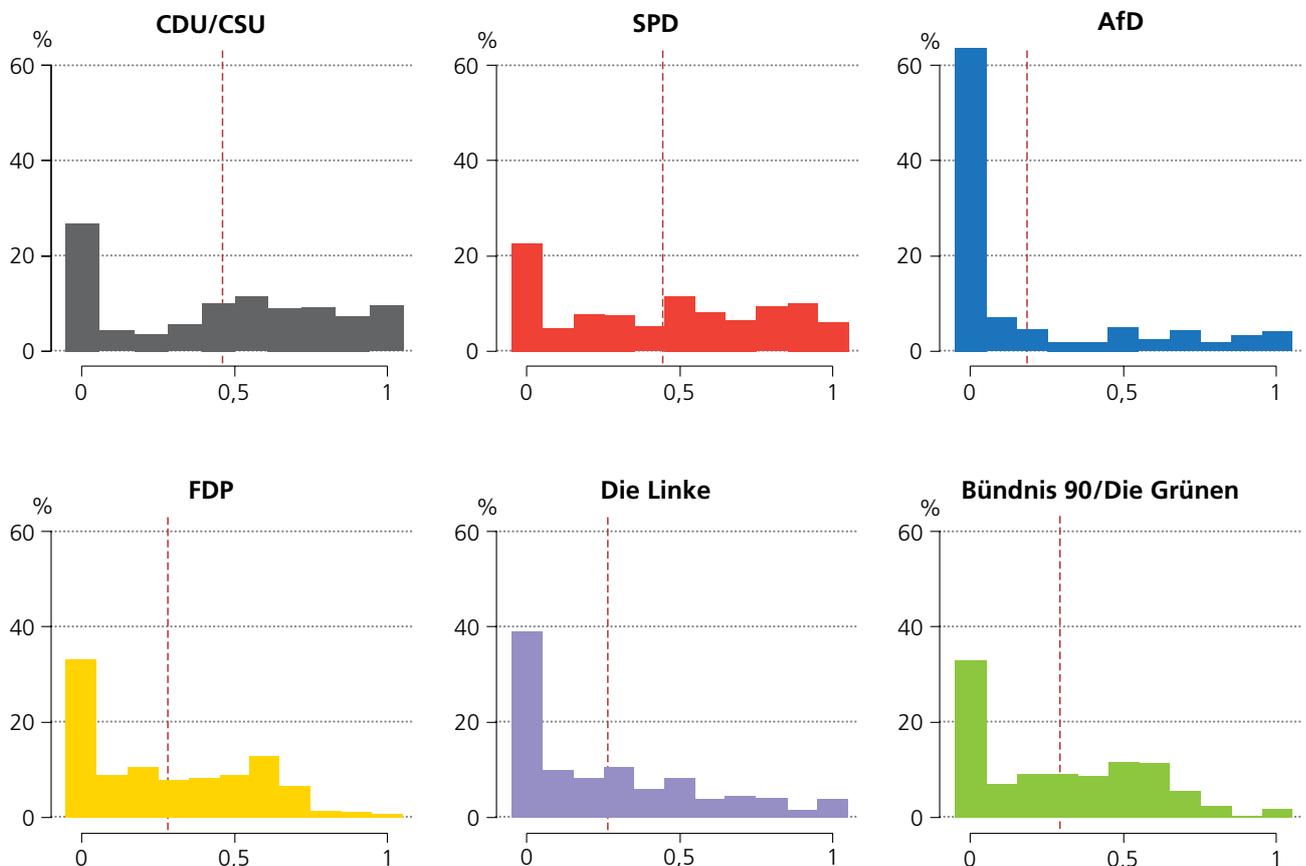
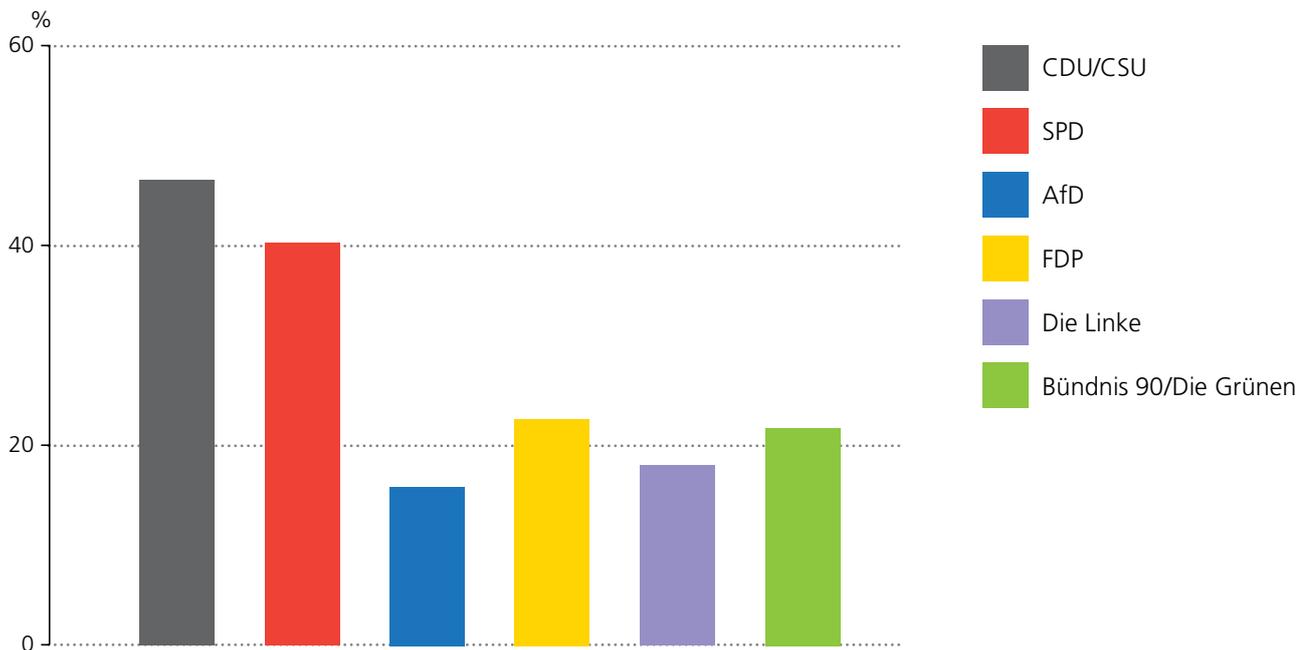


Abbildung 9: Anteil an Nichtwähler_innen mit positiven Wahlneigungen



schiede zwischen den beiden Parteien zugunsten der Union differenzierter.

Die Hintergründe der Wahlneigungen von Nichtwähler_innen können Aufschluss darüber geben, welche motivationalen Faktoren prospektiv zur Wahl welcher Partei führen können. Gleichzeitig lassen sich dadurch Aussagen darüber treffen, welche Faktoren den Wettbewerb um Nichtwähler_innen bestimmen.

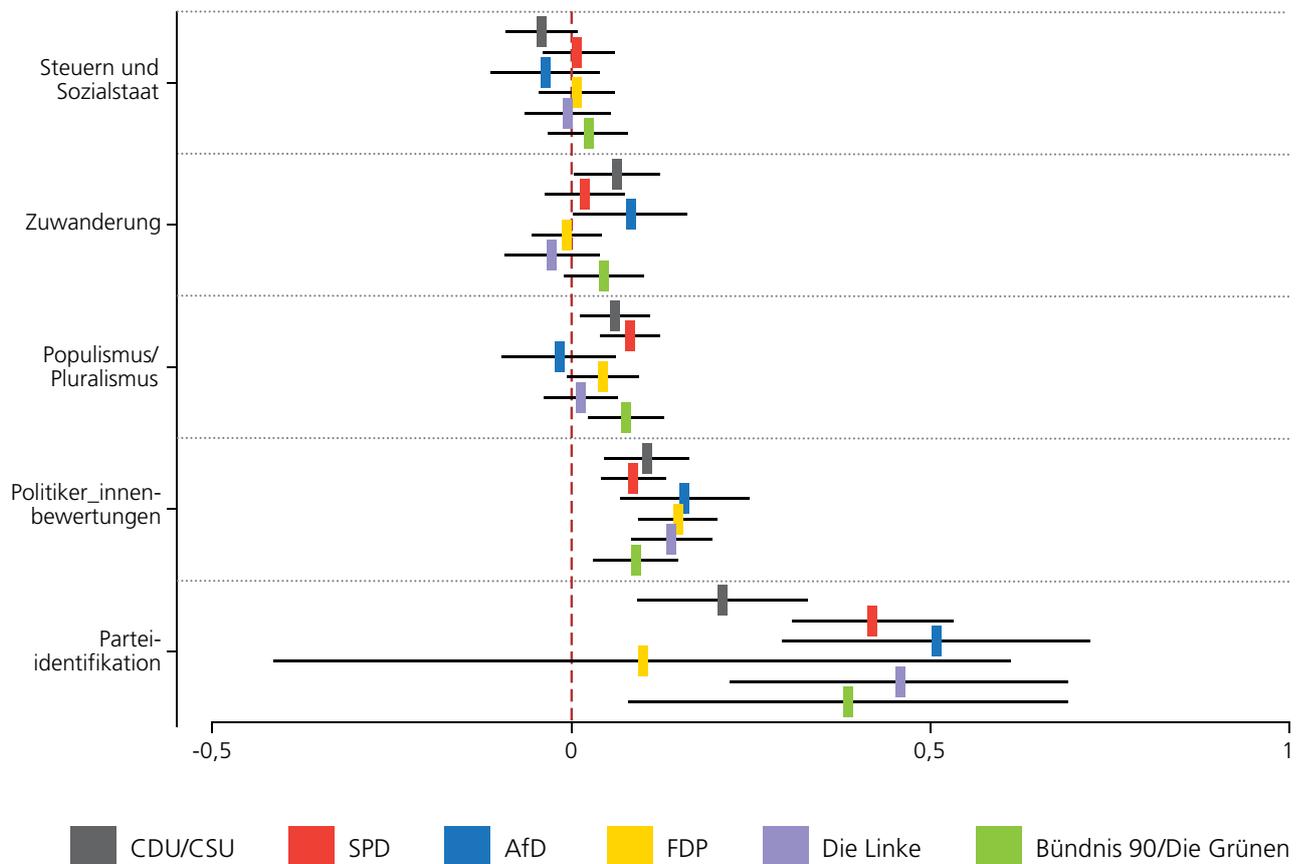
Um dies zu ermitteln, berechnen wir für jede der Bundestagsparteien ein lineares Regressionsmodell, in dem wir die absolute Wahlneigung der Nichtwähler_innen für die jeweilige Partei auf die oben ermittelten fünf Faktoren des Parteienwettbewerbs zurückführen.⁶

Wiederum sind es die Bewertungen der Spitzenpolitiker_innen, die Nichtwähler_innen dazu neigen lassen, eine bestimmte Partei zu wählen. Populäre Spitzenkandidat_innen können also die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen zugunsten der jeweiligen Parteien erhöhen und somit potenziell mobilisieren. Für jede der Parteien gilt: Je besser die jeweiligen Spitzenkandidat_innen bewertet werden, desto größer die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die jeweiligen Parteien. Politische Sachfragen bestimmen die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen hingegen nicht maßgeblich – in lediglich zwei Fällen lässt sich ein Effekt ausmachen. Für die Union und die AfD führt eine größere wahrgenommene inhaltliche Nähe zu einer erhöhten Neigung, die Partei zu wählen, allerdings auch nur in Bezug auf das Immigrationsthema. Die Irrtumswahrscheinlichkeit, dass die inhaltliche Nähe bezüglich dieser Sachfrage die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die Unionsparteien und die AfD tatsächlich substantiell beeinflusst, ist jedoch sehr hoch. Das Migrationsthema war demnach, wenn überhaupt, deutlich weniger für die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen relevant als die Bewertungen der Spitzenkandidat_innen der Parteien.

⁶ Genauere Informationen zu den Modellen und der verwendeten Variablen befinden sich im Anhang.

Wenngleich die Wahlneigungen von Nichtwähler_innen also nicht durch konkrete Politikinhalt geprägt sind, so

Abbildung 10: Ergebnisse zur Struktur der Wahlneigungen von Nichtwähler_innen



Erläuterung: Die Punkte repräsentieren die Effekte der jeweiligen Erklärungsvariablen auf die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die Parteien. Werte im positiven Bereich für die Variablen „Steuern vs. Sozialstaat“, „Zuwanderung“ und „Populismus/Pluralismus“ bedeuten: Je größer die wahrgenommene Nähe zur jeweiligen Partei, desto höher ist die Wahlneigung. Positive Werte für die Variable „Politiker_innenbewertung“ bedeuten: Je positiver die Bewertung des_der Spitzenkandidat_in der jeweiligen Partei durch den_die Nichtwähler_in, desto höher ist die Wahlneigung. Positive Werte für die Variable „Partei-

identifikation“ bedeuten, dass Personen, die sich mit der jeweiligen Partei identifizieren, höhere Wahlneigungen für diese aufweisen als Personen, für die keine Parteiidentifikation für die jeweilige Partei vorliegt. Die horizontalen Linien stellen die 95 %-Konfidenzintervalle dar. Schließt ein Konfidenzintervall die Linie des Nullpunkts ein, so ist die Irrtumswahrscheinlichkeit, dass die jeweilige Variable tatsächlich im Zusammenhang mit der Verfügbarkeit der Nichtwähler_innen steht, hoch. In solchen Fällen kann ein zufälliges Zustandekommen des Effekts kaum ausgeschlossen werden.

hatten jedoch populistische Einstellungen einen deutlichen Effekt. Nicht nur konnte die AfD viele ihrer Neuwähler_innen unter den bisherigen Nichtwähler_innen gewinnen (Wagner und Lichteblau 2019), sondern es spielte auch die relative Ähnlichkeit von persönlicher populistischer Einstellung und dem Populismusgrad der Partei eine Rolle für die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen von 2017. Dies gilt zumindest für die Unionsparteien, FDP, Grüne und SPD, mithin für die eher nicht-populistischen Parteien: Nichtwähler_innen, die ebenfalls weniger populistisch eingestellt sind, neigen stärker zur Wahl einer dieser Parteien. Für die Höhe der Wahlneigungen von Nichtwähler_innen für die Linke und die AfD spielt populistische Ähnlichkeit hingegen keine Rolle.

Neben den Bewertungen des Spitzenpersonals und populistischen Einstellungen spielen auch langfristige Parteidentifikationen eine Rolle für prospektive Wahlneigungen der Nichtwähler_innen. Identifiziert sich eine Person mit einer Partei, wählt diese jedoch dennoch nicht, so wird die Wahrscheinlichkeit, diese Partei in Zukunft einmal zu wählen zum Teil deutlich höher eingeschätzt als diejenige einer Person, die sich mit keiner oder einer anderen Partei identifiziert.⁷

Alles in allem deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die Parlamentsparteien nicht durch programmatische Veränderungen seitens der Parteien bezüglich sozioökonomischer und soziokultureller Sachfragen, im Konkreten hinsichtlich der Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben zugunsten sozialstaatlicher Leistungen und der Restriktion von Zuwanderung, erhöht werden können. Die Potenziale der Parteien unter den Nichtwähler_innen im engen Sinne und der Wettbewerb um diese im weiten Sinne sind also nicht durch politische Inhalte bestimmt, sondern durch populistische Ähnlichkeiten, die Popularität des politischen Spitzenpersonals sowie langfristige Parteibindungen. Das Personal kann Nichtwähler_innen mobilisieren – je nachdem, wie es bewertet wird. Konkrete Positionen dagegen vermögen es nicht, Nichtwähler_innen zur Wahl einer der relevanten Parteien zu bringen.

⁷ Eine Ausnahme bildet hier die FDP. Der Wert für die FDP ist aufgrund der geringen Fallzahlen von Nichtwähler_innen, die sich mit ihr identifizieren, von einem sehr großen und die Null einschließenden Konfidenzintervall umgeben und gilt daher konventionell als nicht belastbar.

4. Zusammenfassung und Fazit

Ausgangspunkt der vorliegenden Studie war die elektorale Schwäche der Volksparteien in vielen europäischen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland stellt bezüglich dieser Entwicklung keine Ausnahme dar – insbesondere sind es die Sozialdemokraten, die im Vergleich zu den Unionsparteien zunehmend Stimmen einbüßen mussten. Im ersten Teil unserer Untersuchung fragten wir nach der Ursache dieser Schwäche: Mangelt es der SPD vergleichsweise an Wähler_innenpotenzialen oder ist sie einfach weniger erfolgreich darin, ihre Potenziale in tatsächliche Stimmen umzusetzen? Die Analysen der Wahlneigungen der Bürger_innen zur Bundestagswahl 2017 brachten zunächst zutage, dass die beiden Volksparteien, Union und SPD, die größten Wähler_innenpotenziale in der Bevölkerung besaßen. Dabei waren jedoch die Wahlneigungen der Wahlberechtigten für die SPD und für die Unionsparteien ähnlich hoch. Die schlechte Performanz der SPD im Vergleich zur Union kann für 2017 also nicht mit einem geringeren Potenzial innerhalb der Bevölkerung begründet werden, sondern mit einer weniger erfolgreichen Realisierung. Letztere ähnelte hinsichtlich ihrer Potenzialausschöpfung eher derjenigen der kleineren Parteien (mit Ausnahme der AfD). Dies konnte durch Befunde plausibilisiert werden, die darauf hindeuten, dass die SPD nur jedermanns zweite Wahl zu sein scheint: Zum einen ist die Union häufiger die Erstpräferenz der Bürger_innen als die SPD; Letztere ist hingegen von allen Parteien diejenige, auf die am häufigsten die zweithöchsten Wahlneigungen fallen. Zum anderen verliert die SPD von allen Parteien am häufigsten, wenn es darum geht, die Stimmen von Personen zu gewinnen, die ihre stärkste Wahlneigung sowohl für die SPD als auch für eine oder mehrere andere Parteien haben. Bei gleich hohen Wahlneigungen entscheiden sich die Bürger_innen in der Regel also gegen die SPD (oder bleiben der Wahl fern). Das ungenutzte bzw. nicht realisierte Wähler_innenpotenzial der Sozialdemokraten ist groß und stellt damit eine Basis dar für eine elektorale Erholung in der Zukunft.

Vor diesem Hintergrund widmete sich der zweite Teil der Studie dem zwischenparteilichen Wettbewerb. Wo bzw. unter den Wähler_innenschaften welcher anderen Partei-

en befinden sich die Potenziale der Unionsparteien, wo die der SPD? Wie war der Wettbewerb 2017 aus dieser Perspektive strukturiert? Die Untersuchungen der Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parlamentsparteien zeigten, dass insbesondere Grünen- und Linken-Wähler_innen hohe Wahlneigungen für die SPD bzw. ähnlich hohe wie für die jeweils gewählte Partei besitzen und in diesem Sinne verfügbar für die SPD waren. Auch das Potenzial der SPD unter den Unionswähler_innen war 2017 groß. Insgesamt steht die SPD in einem intensiven Wettbewerb um Wähler_innenstimmen, denn die Wähler_innen aller anderen Parteien, mit Ausnahme der AfD, sind auf hohem Niveau verfügbar für die SPD. Die Union besitzt im Vergleich zur SPD geringere Potenziale unter den Wähler_innenschaften der anderen Parteien, außer bei der FDP.

Der Wettbewerb aus Perspektive der Volksparteien wurde 2017 inhaltlich von der Interessenrepräsentation der Parteien hinsichtlich der Frage der Höhe von Steuern und Abgaben und des Ausmaßes sozialstaatlicher Leistungen bestimmt sowie hinsichtlich der Frage nach der rechtlichen Regelung von Zuwanderung. Das den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 dominierende soziokulturelle Thema der Zuwanderung spielte für den zwischenparteilichen Wettbewerb sowohl aus Sicht der SPD als auch der Union im Vergleich zum sozioökonomischen Thema eine untergeordnete Rolle. Interessanterweise war auch der Wettbewerb mit der AfD nicht durch das Migrationsthema strukturiert. SPD und Union wären durch Veränderungen ihrer Position bezüglich der Zuwanderungsfrage für das wenig verfügbare AfD-Elektorat demnach keine attraktiveren Wahloptionen, ihre geringen Potenziale unter dieser Wähler_innenschaft ließen sich dadurch nicht vergrößern, Stimmen sich also nicht (zurück)gewinnen, wie von einigen politischen Beobachter_innen und Kommentator_innen vermutet.

Dagegen sind Themen wie Steuern und sozialstaatliche Leistungen, die im Bundestagswahlkampf vergleichsweise weniger prominent waren, zentral für den elektoralen Wettbewerb der Unionsparteien und der SPD. Die

Volksparteien sind dann für die Wähler_innen anderer Parteien attraktiver, wenn sie deren Präferenzen in sozio-ökonomischen Fragen repräsentieren. Die SPD spricht bei positionellen Ähnlichkeiten in diesem Bereich besonders die Wähler_innenschaften von Grünen und Linken sowie von Union und AfD an, die CDU/CSU die Elektorate von SPD, FDP, Grünen und AfD. Damit sind die Wähler_innen der Rechtspopulisten tendenziell eher für die Volksparteien offen, wenn sie ihre Präferenzen mehr in Fragen von Steuern, Abgaben und sozialstaatlichen Leistungen bei SPD respektive CDU/CSU widerspiegelt finden als in Fragen der Migration. Dass es insgesamt um diese Ausichten jedoch schlecht steht, liegt an der dritten Dimension des Wettbewerbs. So lassen sich mit Blick auf populistische Ähnlichkeiten starke Indizien dafür finden, dass vor allem ähnlich populistische bzw. nicht-populistische Parteien miteinander um Wähler_innenstimmen konkurrieren, während zwischen AfD auf der einen und SPD und Unionsparteien auf der anderen Seite kaum oder wenig elektoraler Wettbewerb stattfindet.

Vor allem waren es jedoch die Bewertungen der Spitzenkandidat_innen, die die Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die Union und die SPD und somit den zwischenparteilichen Wettbewerb bestimmten. Da Merkel im Vergleich zu Schulz deutlich beliebter war, waren auch die Wahlneigungen für die Union höher als diejenigen für die Sozialdemokraten. Wie wir gesehen haben, sind insbesondere für Letztere aber gerade sehr starke Wahlneigungen notwendig, um die Wähler_innenstimmen dann auch tatsächlich zu erhalten. Die geringere Potenzialausschöpfung der SPD im Vergleich zur Union und damit auch das schlechte Abschneiden der SPD kann somit stärker als auf Sachfragenpositionen auf die unterschiedliche Beliebtheit der Kanzlerkandidat_innen zurückgeführt werden – vor allem ein beliebterer Kandidat hätte der SPD geholfen, von allen anderen Parteien Stimmen zu gewinnen.

Der letzte Teil unserer Studie widmete sich den Wahlneigungen bzw. den Potenzialen der Parteien unter den Nichtwähler_innen. Auch unter ihnen ergeben sich ähnlich hohe Wahlneigungen für beide Volksparteien, wenngleich auf niedrigerem Niveau als in der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung und zugunsten der Unionsparteien. Die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen und somit der Parteienwettbewerb um deren Mobilisierung ist im Gegensatz zum Wettbewerb um (potenzielle) Wechselwäh-

ler_innen allerdings nicht durch konkrete Politikinhalt bestimmt. Umgekehrt impliziert das aber auch, dass den Nichtwähler_innen nicht konkrete Politikinhalt fehlen, es in diesem Sinne also keine Repräsentationslücken gibt, durch deren Ansprechen sie zu mobilisieren wären. Für die Höhe der Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die Parteien sind populistische Einstellungen und insbesondere wiederum die Bewertungen der Spitzenkandidat_innen relevant. Es ist also eher unwahrscheinlich, dass Positionsänderungen der Volksparteien die Kräfteverhältnisse im Parteiensystem über die Mobilisierung von Nichtwähler_innen ändern. Eine andere Konstellation von Spitzenkandidat_innen vermag dies jedoch durchaus.

- Akkerman, Agnes, Mudde, Cas und Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. In: *Comparative Political Studies*, 47, S. 1324–1353.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper and Row.
- Giebler, Heiko und Wagner, Aiko (2019): Populistische Einstellungen. In: Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. Baden-Baden: Nomos.
- Glinitzer, Konstantin und Jungmann, Nils (2019): Spitzenkandidaten. In: Sigrid Roßteutscher, Rüdiger Schmitt-Beck, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf (Hrsg.): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. Baden-Baden: Nomos.
- Kitschelt, Herbert und McGann, Anthony J. (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor, University of Michigan Press.
- Lewandowsky, Marcel, Giebler, Heiko und Wagner, Aiko (2016): Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. In: *Politische Vierteljahresschrift (PVJ)*, 57, S. 247–275.
- Norris, Pippa und Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Schoen, Harald, Weßels, Bernhard, Wolf, Christof, Barkela, Berend, Bieber, Ina, Blinzler, Katharina, Blumenberg, Manuela, Blumenstiel, Jan Eric, Bucher, Hannah, Dietz, Melanie, Faas, Thorsten, Gärtner, Lea, Giebler, Heiko, Glinitzer, Konstantin, Gummer, Tobias, Heiber, Lilith, Huber, Sascha, Kratz, Agatha, Lichteblau, Josephine, Maier, Michaela, Maier, Jürgen, Melcher, Reinhold, Preißinger, Maria, Richter, Simon, Roßmann, Joss, Schackmann, Lena, Schäfer, Anne, Scherer, Philipp, Staudt, Alexander, Stövsand, Lars-Christopher, Stroppe, Anne-Kathrin, Wagner, Aiko und Wuttke, Alexander (2019): *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017*. Baden-Baden, Nomos.
- Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Schoen, Harald, Weßels, Bernhard, Wolf, Christof, Giebler, Heiko, Melcher, Reinhold und Wagner, Aiko (2018): *Kandidatenstudie (GLES 2017)*, Köln, GESIS Datenarchiv. Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.13089.
- Roßteutscher, Sigrid, Schmitt-Beck, Rüdiger, Weßels, Bernhard, Wolf, Christof, Wagner, Aiko und Giebler, Heiko (2018): *Nachwahl-Querschnitt (GLES 2017)*, Köln, GESIS Datenarchiv. Datenfile Version 4.0.0, doi:10.4232/1.13235.
- Schoen, Harald und Weins, Cornelia (2014): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Jürgen W. Falter und Harald Schoen (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. 2. Aufl. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Steiner, Nils D. und Landwehr, Claudia (2018): Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. In: *Politische Vierteljahresschrift (PVJ)*, 59, S. 463–491.
- Tillie, Jean (1995): *Party Utility and Voting Behavior*. Amsterdam, Het Spinhuis.
- Van Der Eijk, Cees und Oppenhuis, Erik V. (1991): European Parties' Performance in Electoral Competition. In: *European Journal of Political Research*, 19, S. 55–80.
- Wagner, Aiko (2017): A Micro Perspective on Political Competition: Electoral Availability in the European Electorates. In: *Acta Politica*, 52, S. 502–520.
- Wagner, Aiko und Lichteblau, Josephine (2019): *Elektorale Bedrohung für und durch wen? Die AfD im Wähler*innenwettbewerb*. In: Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels (Hrsg.): *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*. Bonn: Dietz.
- Wagner, Aiko und Lichteblau, Josephine (2020, i.E.): *A New Player in the Game: Changing Electoral Competition in Germany*. In: Rüdiger Schmitt-Beck, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Bernhard Weßels und Christof Wolf (Hrsg.): *The Changing German Voter*. Oxford: Oxford University Press.

Anhang

Datengrundlage

Für die Analysen der Wahlneigungen der Bürger_innen zur Bundestagswahl 2017 verwenden wir Daten der GLES-Nachwahlbefragung (ZA6801) 2017. Dabei handelt es sich um eine Face-to-face-Befragung von insgesamt 2.112 wahlberechtigten Personen. Für die Analyse der Struktur des zwischenparteilichen Wettbewerbs (Kapitel 3.2) und des Wettbewerbs um Nichtwähler_innen ziehen wir außerdem Daten der GLES-Kandidat_innenbefragung 2017 (ZA6814) heran. Hierbei handelt es sich um eine online oder schriftlich durchgeführte Nachwahlbefragung der Kandidat_innen von CDU/CSU, SPD, AfD, FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zu verschiedenen Themenkomplexen. Um die Repräsentativität unserer Ergebnisse zu erhöhen, wurden für alle Analysen Anpassungsgewichte verwendet. Für eine detaillierte Beschreibung der Studien sowie die konkreten Frageformulierungen zu den von uns verwendeten Variablen (s. Tabelle A1, Tabelle A2) sei auf die jeweilige Studienbeschreibung verwiesen.

Methodisches Vorgehen und verwendete Variablen für Kapitel 2 bis Kapitel 3.2

Um die Strukturiertheit des zwischenparteilichen Wettbewerbs aus Perspektive der Union bzw. der SPD zu untersuchen, wurden für die beiden Regierungsparteien je fünf lineare Regressionsmodelle berechnet – jeweils eines für den Wettbewerb mit jeder der anderen Konkurrenzparteien. Die abhängigen Variablen sind die individuellen Verfügbarkeiten der Wähler_innen der jeweiligen Konkurrenzpartei für die Union bzw. die SPD. Die unabhängigen Variablen sind die relative Nähe von Union bzw. SPD und der jeweils gewählten Partei zur befragten Person im Hinblick auf sozioökonomischen Sachfragen wie Steuern und Sozialabgaben, die relative Nähe im Hinblick auf soziokulturelle Fragen wie Zuwanderung, die relative populistische Ähnlichkeit der Parteien, die Bewertung der Spitzenkandidat_innen durch die Befragten sowie die Parteiidentifikation der Befragten. Die Operationalisierung der Variablen wird im Folgenden und in Tabelle A1 erläutert. Tabellen

A2 und A3 präsentieren die Ergebnisse der Regressionsmodelle, auf deren Grundlage Abbildung 6 und Abbildung 7 (Kapitel 3.2) erstellt wurden.

Berechnung von individuellen Verfügbarkeiten

Die Berechnung der Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die Union respektive die SPD erfolgt auf Grundlage der Wahlneigungen (PTV, propensity to vote) der Wähler_innen. Die Berechnungsformel, hier exemplarisch für die Verfügbarkeiten der Wähler_innen einer anderen gewählten Partei („G“) für die CDU/CSU, lautet wie folgt:

$$\text{Verfügbarkeit}_{\text{CDU/CSU}} = \begin{cases} 1 - (\sqrt{PTV_G} - \sqrt{PTV_{\text{CDU/CSU}}}), & PTV_{\text{CDU/CSU}} \neq 0 \wedge PTV_{\text{CDU/CSU}} \leq PTV_G \\ 0, & PTV_{\text{CDU/CSU}} = 0 \\ 1, & PTV_{\text{CDU/CSU}} > PTV_G \end{cases}$$

wobei PTV_G die Wahlneigung für die gewählte Partei darstellt. Ist die Wahlneigung für die CDU/CSU null, so nimmt das Verfügbarkeitsmaß ebenfalls den Wert null an; der Wähler oder die Wählerin der jeweilig anderen Partei ist in diesem Fall also nicht für die CDU/CSU verfügbar. Ist die Wahlneigung für die Union größer als für die gewählte Partei, so nimmt das Maß den Maximalwert von eins an. Für weiterführende Informationen dazu siehe Wagner (2017) sowie Wagner und Lichteblau (2020 i. E.).

Berechnung von relativer Nähe zwischen den Parteien

Um die relative Nähe von Union bzw. SPD und der jeweils gewählten Partei bezüglich der konkreten sozioökonomischen und soziokulturellen Sachfragen, Steuern/ Sozialstaat und Zuwanderung, zu ermitteln, berechnen wir quadrierte Distanzen zwischen der Position des Befragten und den Positionen von sowohl Union bzw. SPD als auch der jeweils gewählten Partei. Die Parteipositionen

werden über die wahrgenommenen Parteipositionen der Befragten ermittelt. Die Berechnungsformel, exemplarisch für die SPD, ist folgende:

$$\text{relative Nähe}_{SPD/G} = \left[(P_{ego} - P_G)^2 - (P_{ego} - P_{SPD})^2 \right],$$

wobei P_{ego} die Position des Befragten und P_G die wahrgenommene Position der gewählten Partei zur jeweiligen Sachfrage darstellt.

Die populistische Ähnlichkeit zwischen Union bzw. SPD und gewählter Partei wird analog dazu auf Basis der populistischen Einstellung der Befragten (nach Giebler und Wagner 2019) und des jeweiligen Populismusgrads der Parteien (nach Lewandowsky et al. 2016) berechnet.

Tabelle A1: Übersicht der verwendeten Variablen für Kapitel 1 bis Kapitel 3.2

Name	Beschreibung	Kodierung
Wahlneigung	<p>Wahrscheinlichkeit, jemals für eine bestimmte Partei zu stimmen.</p> <p>Frageformulierung: „Es gibt eine Reihe von politischen Parteien in Deutschland. Jede davon würde gerne Ihre Stimme bekommen. Geben Sie bitte für jede der folgenden Parteien anhand dieser Skala an, wie wahrscheinlich es ist, dass Sie diese Partei jemals wählen würden.“</p> <p>CDU CSU SPD Die Linke Die Grünen FDP AfD</p> <p>Die Wahlneigungen für die CDU und CSU wurden in einer Variablen zusammengefasst, d. h. Befragten aus Bayern wurde der Wert für die CSU, Befragten aus den anderen Bundesländern der jeweilige Wert für die CDU zugewiesen.</p>	Von 0 („würde diese Partei mit Sicherheit nicht wählen“) bis 1 („würde diese Partei mit Sicherheit wählen“)
Wahlentscheidung	Wahlentscheidung (Zweitstimme) bei der Bundestagswahl 2017	<p>1 = CDU/CSU 2 = SPD 3 = AfD 4 = FDP 5 = Die Linke 6 = Bündnis 90/Die Grünen</p>
Verfügbarkeit für die CDU/CSU bzw. die SPD	<p>Verfügbarkeit eines_einer Wähler_in der SPD, AfD, FDP, der Linken oder der Grünen für die Unionsparteien bzw. eines_einer Wähler_in der CDU/CSU, AfD, FDP, der Linken oder der Grünen für die SPD.</p> <p>Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der Wahlneigungen für die CDU/CSU bzw. SPD und die jeweilige gewählte Partei.</p>	Von 0 bis 1; je höher der Wert, desto größer die Verfügbarkeit des Befragten für die CDU/CSU bzw. die SPD
Steuern vs. Sozialstaat	<p>Relative Nähe von Union bzw. SPD und der jeweils gewählten Partei zur befragten Person (quadrierte Distanzen);</p> <p>Frageformulierung: „Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.“ „Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden?“ / „Und wie ist Ihre Position zum Thema Steuern und sozialstaatliche Leistungen?“</p>	Standardisierter Nähe-Index (Original von 0 bis 100); je höher der Wert, desto ähnlicher die Positionen
Zuwanderung	<p>Relative Nähe von Union bzw. SPD und der jeweils gewählten Partei zur befragten Person (quadrierte Distanzen);</p> <p>Frageformulierung: „Jetzt geht es um Zugangsmöglichkeiten für Ausländer. Sollten die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtert oder eingeschränkt werden?“ „Wie stehen Ihrer Meinung nach die Parteien dazu, wenn Sie eine Skala von 1 bis 11 verwenden?“ / „Und wie ist Ihre Position zum Thema Zugangsmöglichkeiten für Ausländer?“</p>	Standardisierter Nähe-Index (Original von 0 bis 100); je höher der Wert, desto ähnlicher die Positionen
Populismus/ Pluralismus	<p>Relative Nähe von Union bzw. SPD und der jeweils gewählten Partei zur befragten Person;</p> <p>Die populistischen Einstellungen wurden Giebler und Wagner (2019) folgend anhand einer Reihe von Fragen der Wähler_innenbefragung zum Thema ermittelt. Die Bestimmung des Populismusgrads der Parteien erfolgte nach Lewandowsky et al. (2016) auf Basis der GLES-Kandidat_innenbefragung 2017.</p>	Standardisierter Nähe-Index (Original von 0 bis 1); je höher der Wert, desto größer die Ähnlichkeit von populistischer Einstellung der_des Wählers_in und Populismusgrad der jeweiligen Partei

Name	Beschreibung	Kodierung
Politiker_innen-bewertungen	<p>Differenzial der Bewertung von Angela Merkel bzw. Martin Schulz und dem_ der Spitzenkandidat_in der jeweils gewählten Partei</p> <p>Frageformulierung: „Bitte sagen Sie mir nun, was Sie von einigen führenden Politikern halten. Benutzen Sie dafür bitte wieder die Skala von - 5 bis + 5. Wenn Ihnen ein Politiker nicht ausreichend bekannt ist, brauchen Sie ihn natürlich nicht einzustufen. Was halten Sie von ...?“</p> <p>Angela Merkel Horst Seehofer Martin Schulz Alexander Gauland Christian Lindner Sahra Wagenknecht Dietmar Bartsch Cem Özdemir Katrin Göring-Eckardt</p> <p>Für Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wurden die Mittelwerte der Bewertungen der jeweiligen Spitzenkandidat_innen verwendet. Die Bewertungen von Merkel und Seehofer wurden in einer Variablen zusammengefasst, d. h., Befragten aus Bayern wurde der Wert für Seehofer, Befragten aus den anderen Bundesländern der jeweilige Wert für Merkel zugewiesen.</p>	<p>Standardisiertes Differenzial (Original von -10 bis +10). Negative Werte bedeuten, dass Merkel bzw. Schulz schlechter bewertet wurden als der_die Kandidat_in der jeweils gewählten Partei. Positive Werte stehen für eine bessere Bewertung Merkels bzw. Schulz'.</p>
Parteiidentifikation	<p>Identifikation des Befragten mit der jeweils gewählten Partei</p> <p>Frageformulierung: „In Deutschland neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Und wenn ja, welcher?“</p>	<p>0 = Parteiidentifikation für andere als gewählte oder keine Partei 1 = Parteiidentifikation für gewählte Partei</p>

Tabelle A2: Ergebnisse der Regressionsmodelle für die Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die SPD

	Union	AfD	FDP	Linke	Grüne					
Steuern vs. Sozialstaat	0,03 (0,01)	* (0,03)	0,08 (0,03)	** (0,02)	-0,02 (0,02)	0,05 (0,02)	** (0,01)	0,03 (0,01)	** (0,01)	
Zuwanderung	0,02 (0,01)	0,04 (0,03)	0,08 (0,02)	*** (0,02)	0,01 (0,02)	0,03 (0,01)	*** (0,01)	0,03 (0,01)	** (0,01)	
Populismus/Pluralismus	0,04 (0,01)	** (0,03)	0,03 (0,03)	0,02 (0,02)	0,04 (0,02)	* (0,01)	0,03 (0,01)	* (0,01)	* (0,01)	
Politiker_innen-bewertungen	-0,09 (0,01)	*** (0,04)	-0,17 (0,04)	*** (0,02)	-0,13 (0,02)	*** (0,02)	-0,09 (0,01)	*** (0,01)	-0,05 (0,01)	*** (0,01)
Parteiidentifikation	-0,09 (0,03)	** (0,07)	-0,05 (0,07)	-0,11* (0,04)	-0,04 (0,04)	-0,03 (0,02)	-0,03 (0,02)	-0,03 (0,02)	-0,03 (0,02)	
Konstante	0,79 (0,02)	*** (0,05)	0,59 (0,05)	*** (0,03)	0,73 (0,03)	*** (0,03)	0,81 (0,03)	*** (0,02)	0,89 (0,02)	*** (0,02)
Beobachtungen	394	98	156	149	183					
Korrigiertes R2	0,22	0,34	0,31	0,20	0,30					

Standardfehler in Klammern. Koeffizienten sind standardisiert.

* $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Die p-Werte geben die Irrtumswahrscheinlichkeit an, R^2 bezeichnet den Anteil der Varianz der zu erklärenden Variable, der durch die verwendeten Variablen erklärt wird.

Tabelle A3: Ergebnisse der Regressionsmodelle für die Verfügbarkeiten der Wähler_innen der anderen Parteien für die CDU/CSU

	SPD		AfD		FDP		Linke		Grüne	
Steuern vs. Sozialstaat	0,05	**	0,09	**	0,04	***	0,01		0,07	***
	(0,02)		(0,03)		(0,01)		(0,03)		(0,02)	
Zuwanderung	0,01		0,06		0,02		0,12	***	0,04	
	(0,02)		(0,03)		(0,02)		(0,02)		(0,02)	
Populismus/Pluralismus	0,03		0,04		0,04	**	0,01		-0,01	
	(0,02)		(0,04)		(0,02)		(0,03)		(0,02)	
Politiker_innen- bewertungen	-0,11	***	-0,10	**	-0,08	***	-0,14	***	-0,09	***
	(0,02)		(0,04)		(0,01)		(0,03)		(0,02)	
Parteiidentifikation	-0,14	***	-0,05		-0,07	*	-0,08		-0,09	*
	(0,04)		(0,07)		(0,03)		(0,05)		(0,04)	
Konstante	0,71	***	0,67	***	0,89	***	0,54	***	0,72	***
	(0,03)		(0,05)		(0,02)		(0,03)		(0,03)	
Beobachtungen	276		101		155		148		186	
Korrigiertes R ²	0,25		0,28		0,41		0,33		0,27	

Standardfehler in Klammern. Koeffizienten sind standardisiert.

* $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Die p-Werte geben die Irrtumswahrscheinlichkeit an, R² bezeichnet den Anteil der Varianz der zu erklärenden Variable, der durch die verwendeten Variablen erklärt wird.

Methodisches Vorgehen und verwendete Variablen für Kapitel 3.3

Für die Untersuchung der Strukturiertheit des Wettbewerbs der Parteien um Nichtwähler_innen wurde für jede der sechs Parteien ein Regressionsmodell berechnet, in dem die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen für die jeweils betrachtete Partei auf die Ähnlichkeiten der Nichtwähler_innenposition mit der wahrgenommenen

Parteiposition hinsichtlich der Steuer- und der Zuwanderungsfrage, die Ähnlichkeit der Stärke der populistischen Einstellung des_der Nichtwähler_in mit dem Populismusgrad der jeweiligen Partei, die Bewertungen der Spitzenkandidat_innen sowie die Parteiidentifikation zurückgeführt wurde. Die Operationalisierung der Variablen wird in Tabelle A4 präsentiert; die Ergebnisse der Regressionsmodelle, auf denen Abbildung 10 beruht, in Tabelle A5.

Tabelle A4: Übersicht der verwendeten Variablen für Kapitel 3.3

Name	Beschreibung	Kodierung
Wahlneigung	s. o.	s. o.
Nichtwähler_in	Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2017	1 = Nichtwähler_in 0 = Wähler_in
Steuern vs. Sozialstaat	Ähnlichkeit zwischen Nichtwähler_inposition und wahrgenommener Parteiposition; Frageformulierung s. o.	s. o.
Zuwanderung	Ähnlichkeit zwischen Nichtwähler_inposition und wahrgenommener Parteiposition; Frageformulierung s. o.	s. o.
Populismus/Pluralismus	Ähnlichkeit zwischen der Stärke der populistischen Einstellung des_der Nichtwählers_in und dem Populismusgrad der jeweiligen Partei (s. o.).	s. o.
Politiker_innen-bewertungen	Bewertung des_der jeweiligen Spitzenkandidat_in der Parteien; Frageformulierung s. o.	Von 0 („halte überhaupt nichts von dieser Person“) bis 10 („halte sehr viel von dieser Person“)
Parteiidentifikation	Nichtwähler_in identifiziert sich mit der jeweils betrachteten Partei Frageformulierung s. o.	0 = Parteiidentifikation für andere oder keine Partei 1 = Parteiidentifikation für die jeweils betrachtete Partei

Tabelle A5: Ergebnisse der Regressionsmodelle für die Wahlneigungen der Nichtwähler_innen

	Union		SPD		AfD		FDP		Linke		Grüne	
Steuern vs. Sozialstaat	-0,04		0,01		-0,04		0,01		-0,01		0,02	
	(0,03)		(0,03)		(0,04)		(0,03)		(0,03)		(0,03)	
Zuwanderung	0,06	*	0,02		0,08*		-0,01		-0,03		0,05	
	(0,03)		(0,03)		(0,04)		(0,02)		(0,03)		(0,03)	
Populismus/Pluralismus	0,06	*	0,08	***	-0,02		0,04		0,01		0,08	**
	(0,02)		(0,02)		(0,04)		(0,03)		(0,03)		(0,03)	
Politiker-/Politikerinnen-bewertungen	0,11	***	0,09	***	0,16	***	0,15	***	0,14	***	0,09	**
	(0,03)		(0,02)		(0,04)		(0,03)		(0,03)		(0,03)	
Parteiidentifikation	0,21	***	0,42	***	0,51		0,10	***	0,46	***	0,39	*
	(0,06)		(0,06)		(0,11)		(0,26)		(0,12)		(0,15)	
Konstante	0,44	***	0,41	***	0,27	***	0,33	***	0,29	***	0,31	***
	(0,03)		(0,02)		(0,04)		(0,03)		(0,03)		(0,02)	
Beobachtungen	125		115		52		79		90		96	
Korrigiertes R ²	0,38		0,51		0,53		0,30		0,34		0,36	

Standardfehler in Klammern. Koeffizienten sind standardisiert.

* $p < 0,05$, ** $p < 0,01$, *** $p < 0,001$. Die p-Werte geben die Irrtumswahrscheinlichkeit an, R² bezeichnet den Anteil der Varianz der zu erklärenden Variable, der durch die verwendeten Variablen erklärt wird.

Josephine Lichteblau ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“. Sie arbeitet in der German Longitudinal Election Study (GLES). Ihre Forschungsschwerpunkte sind elektoraler Wettbewerb und politisches Verhalten.

Dr. Aiko Wagner vertritt derzeit die Professur „Vergleichende Politikwissenschaft“ an der Universität Potsdam. Zuvor arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ in der German Longitudinal Election Study (GLES). Seine Forschungsschwerpunkte umfassen den politischen Wettbewerb, Populismus, Wahl- und Parteiensysteme, politisches Verhalten sowie Repräsentation.

